

„Ein Fanal des Widerstandes im Ruhrgebiet“

Das „Unternehmen Wesel“ in der Osternacht des Jahres 1923.
Hintergründe eines angeblichen „Husarenstreichs“

Am Ostersonntag 1923 spielte sich gegen 10 Uhr morgens im Münsteraner Hauptbahnhof eine merkwürdige Szene ab: Ein aus alten 4.-Klasse-Wagen bestehender Zug fuhr ein, und die „vielen sonntäglich geputzten Osterbesucher rissen Augen und Ohren auf, als sie plötzlich eine leicht angebläute Horde in altem Feldgrau, voll Dreck und Speck, aussteigen sahen“, von denen „die Unentwegten in das Lokal Brabender – in der Königstraße – zogen und nochmals bei solennem Umtrunk das gelungene Unternehmen feierten!“¹ Um welche Art Unternehmen es sich gehandelt hatte, sprach sich schnell herum: Die Männer, Angehörige paramilitärischer Kampfverbände, waren in der vorangegangenen Nacht daran beteiligt gewesen, den Ausbruch von acht vollbeladenen Güterzügen aus dem besetzten Ruhrgebiet in das unbesetzte Gebiet bei Wesel-Friedrichsfeld zu sichern.²

Ausbrüche von einzelnen Lokomotiven oder ganzen Zügen waren seit der Besetzung des Ruhrgebiets und erst recht seit seiner zunehmenden Abschnürung vom übrigen Deutschland durchaus nichts Ungewöhnliches. Brisanz gewann die Angelegenheit durch ihre dubiosen Begleitumstände: Nicht weniger als 305 Angehörige Nationaler Kampfverbände hatten in geschlossenem Verband und schwerbewaffnet an ihr teilgenommen, und nur durch Zufall war ein größerer militärischer Zusammenstoß mit Besatzungstruppen vermieden worden. Auf Anzeige sozialdemokratischer Eisenbahner, welche die später „Unternehmen Wesel“ getaufte Aktion mitgemacht hatten,³ ließ die Preussische Polizei bei einer Reihe von Führern Nationaler Kampfverbände in Münster Haussuchungen abhalten. Die Betroffenen, Teile der Münsteraner Bürgerschaft und vor allem die deutschnationale „Westfälische Landeszeitung“ reagierten mit „Empörung und Wut“ und bezichtigten den Preussischen Innenminis-

- 1 P. Jansen, Unternehmen Wesel, in: Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, hrsg. von Ernst von Salomon, Berlin 1938, S. 431-434, hier S. 434. Das Lokal Brabender wurde von einem Mitglied des Stahlhelm geführt und diente während des Ruhrkampfes von 1923 als Kontaktadresse für lokale Führer des „aktiven“ Widerstands.
- 2 Was „in Friedrichsfelde vorgegangen sei“, habe „in Münster jedermann gewusst“; Protokoll einer Besprechung im Münsteraner Oberpräsidium am 21. und 22. Mai 1923, geheim, 23. April 1923, in: Bundesarchiv Berlin (künftig: BAB), R 43 I, Nr. 212.
- 3 Ebd.; streng vertraulicher „Bericht über Herausfahren von Zügen über Friedrichsfeld bei Wesel“, gezeichnet Schäfer, Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und –Anwärter, Direktionsbezirk Münster i/W., an den Geschäftsführenden Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und –Anwärter in Berlin-Schöneberg, Münster, 8. April 1923, in: Carl Mertens, Otto-Lehmann-Rußbildt, Konrad Widerhold, Die deutsche Militärpolitik seit 1918, als Manuskript gedruckt, Juli 1926, S. 33-38, hier S. 38.

ter Carl Severing (SPD) des Landesverrats.⁴ Die Haussuchungen blieben letztlich für die Betroffenen folgenlos, die sogenannten „Deutschenverfolgungen von Münster“ schlugen jedoch derartige Wellen, dass der Preußische Innenminister schließlich gezwungen war, seine Maßnahmen vor dem Preußischen Landtag, wenngleich vage und verklausuliert, zu rechtfertigen – in Anbetracht der außenpolitischen Rückwirkungen ein außergewöhnlicher Schritt.

Obwohl dieser „wohl vorbereitete Handstreich [...] das größte Aufsehen erregte“,⁵ wurde er im Krisenjahr 1923 doch bald von anderen Ereignissen aus der öffentlichen Diskussion verdrängt. In späteren Jahren wurde gelegentlich an den „fast sagenhaften ‘Handstreich von Friedrichsfeld’“⁶ erinnert, wodurch manche Einzelheit im Ablauf bekannt wurde. Überraschenderweise bezeichnete aber auch Severing in seiner 1950 veröffentlichten Autobiographie die Aktion als ein „Husarenstück der Eisenbahner“, die Haussuchungen hätten einzig den Zweck verfolgt, die Urheber „auf besondere Weise“ zu warnen, „wenigstens für den Augenblick Wiederholungen dieser kühnen Streiche zu vermeiden“.⁷ War das „Unternehmen Wesel“ also nicht mehr als eine Anekdote aus dem passiven Widerstandskampf gegen die Besatzungsmächte, wie sie des öfteren überliefert sind?⁸ Legt man die Augenzeugenberichte von Eisenbahnern zugrunde,⁹ sind erhebliche Zweifel an einer solchen Version angebracht.

Das „Unternehmen Wesel“ ist wie wahrscheinlich keine zweite Aktion des Ruhrkampfes von 1923 durch Planungsunterlagen, Augenzeugen- und Erinnerungsberichte, Aussagen direkt und indirekt Beteiligten und sonstige Quellen dokumentiert. Eine detaillierte Rekonstruktion des Unternehmens selbst gibt freilich nur begrenzten Aufschluss über seine Hintergründe. Entscheidender Ansatzpunkt für eine Aufhellung der Begleitumstände des „Unternehmens Wesel“ muss vielmehr die Bestimmung der Rolle jener „Zentrale Nord“ in Münster sein, die für Planung und Durchführung des „militärischen Teils“ des Unternehmens verantwortlich zeichnete, also für den geschlossenen Einsatz der 300 schwerbewaffneten Mitglieder rechtsradikaler Wehrverbände. Dies macht eine Einordnung des „Unternehmens Wesel“ in

4 Siehe Ludger Grevelhörster, *Münster zu Anfang der Weimarer Republik. Gesellschaft, Wirtschaft und kommunalpolitisches Handeln in der westfälischen Provinzialhauptstadt 1918 bis 1924*, Schernfeld 1993, S. 77f.

5 Paul Wentzcke, *Ruhrkampf. Einbruch und Abwehr im rheinisch-westfälischen Industriegebiet*, Bd. 1, Berlin 1930, S. 236.

6 Friedrich Grimm, *Vom Ruhrkrieg zur Rheinlandräumung. Erinnerungen eines deutschen Verteidigers vor französischen und belgischen Kriegsgerichten*, Hamburg-Berlin-Leipzig 1930, S. 181.

7 Carl Severing, *Mein Lebensweg*, Bd. 1: *Vom Schlosser zum Minister*, Köln 1950, S. 410. Severing hielt schon 1923 an der Version fest, „dass die Eisenbahner die Züge herausbrachten ohne Unterstützung von anderer Seite“; „Besprechung mit Herrn Minister Severing“, ungezeichnet, Berlin, 18. Juni 1923, in: BAB, R 43 I, Nr. 213.

8 Siehe etwa Josef Hoster, *Zwei Blockadebrecher*, in: *Almanach für den Kreis Neuss* 1983, S. 37-39.

9 Schäfer, „Bericht über Herausfahren von Zügen über Friedrichsfeld bei Wesel“ (wie Anm. 3), S. 33-38; Friedrich Homann, Dortmund [Vertreter des Deutschen Eisenbahner-Verbandes bei der Generalbetriebsleitung West der Reichsbahn], „Bericht über die Friedrichsfelder – Angelegenheit“, Anlage zu: Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, L. Steinberg, an Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin, Berlin, 27. April 1923, in: Historische Kommission zu Berlin (künftig: HiKo), *Restakten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB)*, Ordner NB 158a.

die äußerst komplexen Zusammenhänge von passivem Widerstand, Sabotageaktionen und anderen Maßnahmen des sogenannten „aktiven“ Widerstands, Vorbereitungen für einen „Volkskrieg“ und Plänen für eine „Bartholomäusnacht“ unter den Besatzungstruppen erforderlich.¹⁰

I. Deutsche Planungen für den Fall der Ruhrbesetzung

Die Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich lag seit dem Waffenstillstand vom 8. November 1918 wie ein Damoklesschwert über Deutschland. So prophezeite Gustav Krupp von Bohlen und Halbach seinem Schwiegersohn Tilo von Wilmowski einen Tag vor Unterzeichnung des Versailler Vertrages: „Ich kann mir nicht denken, dass wir auf die Dauer um eine Besetzung herumkommen, denn an eine Ausführung der gegenwärtig angenommenen Friedensbedingungen ist ja doch kaum zu denken.“¹¹ Eine Besetzung des Ruhrgebietes zu verhindern, konnte allein Aufgabe der deutschen Diplomatie sein. Die aufgrund der weitreichenden Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages und der Überwachungstätigkeit der Interalliierten Militärkontrollkommission (IMKK) in ihren Möglichkeiten stark eingeschränkte Reichswehr stellte kein Abschreckungspotential dar, zumal das Ruhrgebiet größtenteils innerhalb der rechtsrheinisch entmilitarisierten 50 km-Zone lag.

1. Militärische Planungen für einen „Volkskrieg“

Allerdings versuchte die Reichswehr, die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands durch mehrere, zeitweilig nebeneinander bestehende personelle Ergänzungsmaßnahmen unter Umgehung der Bestimmungen des Versailler Vertrages zu steigern.¹² Angesichts der zahlenmäßig und materiell hoffnungslosen Unterlegenheit der Reichswehr gegenüber ihren potentiellen Gegnern scheinen außerdem Vorbereitungen für eine gezielte „Volkserhebung“ „für den Fall einer immer noch möglichen Rätediktatur oder auch bei weiterer Besitznahme deutschen Landes durch die Franzosen oder Polen“ eine nicht unwichtige Rolle in den militärischen Planungen gespielt zu haben. Um die Jahreswende 1919/1920 waren erste Organisations-

10 Eine befriedigende Untersuchung der verschiedenen Formen eines „aktiven“ Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung und die damit verbundenen weiterreichenden Absichten steht aus. Überblicke geben: Jean-Claude Favez, *Le Reich devant l'occupation franco-belge de la Ruhr en 1923*, Genève 1969, S. 194-208; Michael Ruck, *Die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923*, Köln 1986, S. 395-410; Barbara Müller, *Passiver Widerstand im Ruhrkampf. Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen*, Münster 1995, S. 104-111. Die neue Untersuchung von Stanislas Jeannesson, *Poincaré, la France et la Ruhr 1922-1924. Histoire d'une occupation*, Strasbourg 1998, S. 261-265, streift die Thematik nur und enthält einige eklatante Fehler.

11 Gustav Krupp an Tilo von Wilmowski, Essen, 27. Juni 1919, in: Hauptarchiv der Fried. Krupp AG, Essen, Familienarchiv Hügel (künftig: HA Krupp, FAH) 23/495.

12 Siehe die ausführliche Erörterung von Heiner Möllers, Reichswehrminister Otto Geßler. Eine Studie zu „unpolitischer“ Machtpolitik in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. u. a. 1998, S. 109-153, die sehr viel zur Klärung des Begriffs „Schwarze Reichswehr“ beiträgt, wenngleich noch immer Einzelfragen offen bleiben.

schritte eingeleitet worden, die aber letztlich „an der Ängstlichkeit der Regierung“ scheiterten.¹³

Vor allem der Reichswehroffizier Joachim von Stülpnagel hielt einen „Volkskrieg“ nach dem Vorbild des Guerillakrieges gegen die napoleonische Besatzungsmacht in Spanien von 1807 bis 1814 für ein probates Mittel, wie ein Volk, das „durch *eine* Denkungsart nach außen geeint, [...] auch ohne große Armee und ohne überlegene operative Führung auf die Dauer nicht zu versklaven“ wäre.¹⁴ Nachdem er am 1. April 1922 innerhalb der Heeresleitung zum Leiter der Heeresabteilung des Truppenamtes (T 1) ernannt worden war, begann Stülpnagel mit Wissen seiner Vorgesetzten, „als praktische Vorbereitung“ für einen „Volkskrieg“ einen sogenannten „Feldjägerdienst“ aufzubauen. „Zuverlässige und nicht den radikalen Verbänden nahestehende Männer sollten in den Ost- und Westprovinzen Persönlichkeiten um sich sammeln, die auf Anordnung von Berlin bereit waren, das Vorrücken des Feindes durch Sabotageakte nach einem bestimmten Plan zu verzögern“.¹⁵ Darüber, wie weit der Aufbau dieses „Feldjägerdienstes“ bis zur Besetzung des Ruhrgebietes fortgeschritten war, liegen indes keine Angaben vor. Sicher ist nur, dass Reichswehrminister Otto Geßler über die Planungen informiert war und dieser Reichsarbeitsminister Dr. Heinrich Brauns eingeweiht hatte; Brauns, der „nicht nur einer der besten Köpfe im Kabinett, sondern auch ein sehr vaterlandsliebender Mann war“,¹⁶ soll „Feuer und Flamme“ für Stülpnagels Arbeit gewesen sein.¹⁷

Ob und in welchem Maße die Führer der rheinisch-westfälischen Industrie über die ansatzweisen militärischen Vorbereitungen für den Fall einer Besetzung des Ruhrgebietes unterrichtet wurden, ist nicht bekannt. Allerdings hatte der Kommandeur im Wehrkreis VI, General Friedrich Karl von Loßberg, seit seinem Dienstantritt 1920 Wert darauf gelegt, unge-

13 Joachim von Stülpnagel, 75 Jahre meines Lebens (1955), S. 183, in: Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg/Br. (künftig: BA-MA), Depot von Stülpnagel (N 5), Nr. 27.

14 Joachim von Stülpnagel, Der Volkskrieg in Spanien 1807 bis 1814, in: Wissen und Wehr 3 (1922), S. 211-221, das Zitat S. 221 (Hervorhebung im Original gesperrt). Dazu Ernst Willi Hansen, „Moderner Krieg“ im Schatten von Versailles. Die „Wehrgedanken des Auslandes“ und die Reichswehr, in: Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, hrsg. von Ernst Willi Hansen, Gerhard Schreiber und Bernd Wegner, München 1995, S. 193-210, hier S. 201. Hansens Bewertung, solche historischen Beispiele hätten „zu dieser Zeit der inneren Unruhen wenig Bezug zur realen Lage in Deutschland“ besessen und müssten „eher als Versuch gewertet werden, den moralischen Anspruch auf Revision aufrechtzuerhalten“, ist vor dem Hintergrund der konkreten Versuche zur Umsetzung eines solchen „Volkskriegs“-Konzepts in Deutschland keineswegs beizupflichten. Stülpnagel selbst erklärte, dass dies ein Problem gewesen wäre, das ihn „im Hinblick auf etwaige deutsche Notwendigkeiten in der Zukunft“ sehr beschäftigt hätte; Stülpnagel (wie Anm. 13), S. 199.

15 Ebd., S. 206. Die Abteilung T 1 war „Nachfolgerin der früheren Operationsabteilung. Zu ihrem Arbeitsgebiet gehörten der Einsatz von Truppen bei inneren Kämpfen, der Grenzschutz, die Vorbereitung und Durchführung der alljährlich stattfindenden Generalstabsreisen unter der Leitung des Chefs der Heeresleitung für Generale und des Chefs des Truppenamtes für die Generalstabschefs und anderes mehr“; ebd., S. 200.

16 So seine Charakterisierung durch Max von Stockhausen, Sechs Jahre Reichskanzlei. Von Rapallo bis Locarno. Erinnerungen und Tagebuchnotizen 1922-1927, bearb. und hrsg. von Walter Görlitz, Bonn 1954, S. 63, der in der fraglichen Zeit Referent in der Reichskanzlei war.

17 Stülpnagel (wie Anm. 13), S. 206.

achtet der Entmilitarisierung „mit den führenden Persönlichkeiten des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes in enger Fühlung zu bleiben“.¹⁸ Deshalb kam es immer wieder zu Besprechungen unter anderem mit Gustav Krupp, zu denen sich Loßberg jeweils nach Essen in die entmilitarisierte Zone begab.¹⁹ Knapp zwei Monate vor dem Ruhreinmarsch, am 14. November 1922, waren Loßberg und sein neuer Chef des Stabes, Oberstleutnant Alexander von Falkenhausen, mit Gustav Krupp in der Kruppschen Gussstahlfabrik zu einer Aussprache „über einige Sachen, über die ich [Loßberg] nur mündlich verhandeln kann“, zusammengetroffen, bevor Loßberg über den Gegenstand der Unterredung in Berlin Gespräche führte.²⁰ Darüber, ob sich diese Besprechung um die mögliche Besetzung des Ruhrgebiets drehte, oder ob etwa die deutsche Geheimrüstung, an der auch die Firma Krupp beteiligt war,²¹ ein Thema war, kann nur spekuliert werden.

2. Sabotageplanungen der Industrie

Fest steht hingegen, dass die Firma Krupp beim Aufbau einer planmäßigen Sabotage im Ruhrgebiet eine zentrale Rolle spielte.²² Einen Tag vor Beginn des Einmarsches, am 10. Januar 1923, wandte sich ein Oberingenieur Haller von den Kruppwerken²³ über einen Mittelemann an den Fähnrich a. D. Heinz Oskar Hauenstein in Berlin mit der Bitte, sich umgehend bei ihm einzufinden. Hauenstein hatte sich als Führer der „Sturm-Abteilung Heinz“ im Baltikum und als Leiter der sogenannten „Spezialpolizei“ während des Abstimmungskampfes in Oberschlesien 1921 in eingeweihten Kreisen einen Namen gemacht.²⁴ Schon am 12. Januar fand in der Hauptverwaltung der Firma Krupp eine erste Besprechung zwischen Haller und Hauenstein statt. Hauenstein wurde gebeten, im Ruhrgebiet eine Organisation auf-

18 Loßberg an Gustav Krupp, Münster, 18. Dezember 1920, in: HA Krupp, FAH 4 E 1046.

19 Gustav Krupp an Loßberg, Essen, 20. Dezember 1920; Loßberg an Gustav Krupp, Münster, 29. Dezember 1920; Oberstleutnant von Unruh, Chef des Stabes der 6. Division, an Gustav Krupp, 24. Februar 1922, in: Ebd.

20 Loßberg an Gustav Krupp, Münster, 10. November 1922; Gustav Krupp an Loßberg, Essen, 11. November 1922, in: Ebd.

21 Ehrhard Reusch, Die Fried. Krupp AG und der Aufbau der Reichswehr in den Jahren 1919-1922, in: Archiv und Wirtschaft 13 (1980), S. 72-88, bes. S. 80 und 82.

22 Das Folgende nach: „Bericht von Kriminalkommissar Weitzel über die Tätigkeit der Organisation Hauenstein im besetzten Gebiet“, Elberfeld, 25. Mai 1923, in: Das Krisenjahr 1923. Militär und Innenpolitik 1922-1924, bearb. von Heinz Hürten, Düsseldorf 1980, Dok. 16, S. 34-40; ferner: Manfred Franke: Albert Leo Schlageter. Der erste Soldat des 3. Reiches. Die Entmythologisierung eines Helden, Köln 1980.

23 Haller war Abteilungsvorsteher im M. K. (?) der Firma Krupp und wurde Mitte August 1923 aus zunächst unbekanntem Gründen verhaftet. In einem Sabotageprozess wurde er von einem französischen Kriegsgericht in Mainz am 17. Oktober 1923 zusammen mit dem früheren U-Boot-Kommandanten Rudolf Andler zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt; (Ernst Jordan,) Die Besetzung des Ruhrgebiets und ihre Folgen für die Fried. Krupp A.-G., Essen, (ca. 1926), S. 30, in: HA Krupp, Werksarchiv (künftig: WA) 7 f 1110; Grimm (wie Anm. 6), S. 178-181.

24 Friedrich Glombowski, Organisation Heinz (O. H.). Das Schicksal der Kameraden Schlageters nach Akten bearbeitet, Berlin 1934, bes. 34-75; Friedrich Wilhelm von Oertzen, Die deutschen Freikorps 1918-1923, 5. Aufl. München 1939, S. 137-144 (nach Angaben Hauensteins).

zubauen, die das französische Militär und seine Bewegungen beobachten, den französischen Spionagedienst überwachen und Versuche, beschlagnahmte Kohle abzufahren, durch Sprengung der wichtigsten Bahnlinien nach Westen stören sollte. Die Sprengungen sollten aber nur nach Absprache und mit ausdrücklicher Genehmigung der Handelskammer Essen-Mülheim-Oberhausen erfolgen. Auch sollten Hauenstein und seine Leute keineswegs unabhängig handeln, sondern lediglich als Sprengexperten für eine Sabotage-Organisation der Reichsbahn²⁵ fungieren. Oberregierungsrat Karl Heiges aus dem Reichsverkehrsministerium, zugleich Leiter der Generalbetriebsleitung West der Reichsbahn, hatte hierfür bereits zwanzig württembergische Eisenbahner mit entsprechender Erfahrung in Elberfeld zusammengezogen. Deshalb richtete auch Hauenstein das Hauptquartier seiner Organisation in Elberfeld ein.

Es ist zu bezweifeln, dass erst in den Tagen unmittelbar vor und nach Beginn der Ruhrbesetzung aus dem Nichts heraus dieses Konzept entworfen und teilweise sogar schon umgesetzt worden sein soll. Wahrscheinlicher ist es, dass die Beteiligten schon früher Überlegungen für die Verhinderung von Kohlentransporten im Falle der Besetzung des Ruhrgebiets angestellt hatten.²⁶ Für diese Annahme spricht besonders die frühzeitige Zusammenziehung der württembergischen Eisenbahner in Elberfeld. Gewiss bereitete es kaum Schwierigkeiten, die für Sprengungen in Frage kommenden Bahnlinien festzulegen, da zwangsläufig die wichtigsten Ost-West-Verbindungen getroffen werden mussten. Bei anderen Kunstbauten wie Schleusen und Kanälen fiel eine Auswahl vermutlich schon schwerer. Kaum vorstellbar ist jedoch, dass die Bestimmung eines von der Industrie auserkorenen Sabotageleiters ohne längere Überlegungen und Prüfungen vor sich gegangen sein soll und der Name Hauenstein einfach „aus dem Ärmel geschüttelt“ worden wäre. Zwar besaß Hauenstein bei Eingeweihten einen legendären Ruf, doch auf bloße Erzählungen hin werden die Verantwortlichen wohl kaum die Ausführung eines derart sensiblen Auftrags einem ihr persönlich unbekanntem ehemaligen Freikorpsführer anvertraut haben.

Ferner scheint es undenkbar, dass das Wehrkreiskommando VI nicht in die Planungen einbezogen oder eingeweiht gewesen sein soll. Dass der Oberingenieur Haller nicht auf eigene Faust handelte, steht außer Frage. Als sein Vertreter fungierte der Krupp-Direktor Graf Beissel von Gymnich. Auch Gustav Krupp persönlich war informiert, denn während seiner Haft im Düsseldorfer Gefängnis lehnte er eine Befreiung gegenüber einem Gruppenführer der „Organisation Hauenstein“ ausdrücklich ab und ließ dies durch seinen Schwiegersohn Tilo von Wilmowski Aufsichtsrat und Direktorium der Firma mitteilen; eine entsprechende Aus-

25 Vgl. allgemein: Kampf der Regiebahn. Erlebnisberichte von Mitkämpfern der Sabotage-Organisation der Eisenbahner, in: Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, hrsg. von Ernst von Salomon, Berlin 1938, S. 438-442; diese Erlebnisberichte geben keinerlei Aufschluss über die Struktur der Sabotageorganisation.

26 Für den Fall eines neuen Spartakistenaufstandes oder einer Besetzung durch Entente-Truppen existierte schon Mitte 1920 der Plan, sämtliche Lieferungen auf die linke Rheinseite einzustellen, um der Entente zu demonstrieren, wie ernst die Lage sei; Gerald D. Feldman, Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870-1924, München 1998, S. 627.

sage machte auch Hauenstein gegenüber der Preußischen Polizei.²⁷ Carl Jarres, der ausgewiesene Duisburger Oberbürgermeister, hatte einem gewissen Friedrich Kienzl „Pläne des Düsseldorfer Gefängnisses gegeben, die für bestimmte Zwecke benötigt wurden“,²⁸ bei denen es sich nach Lage der Dinge nur um eine Gefangenenbefreiung handeln konnte. Somit könnte die scheinbar zugunsten Severings entschiedene²⁹ alte Diskussion um eine mittelbare Schuld des Preußischen Innenministers an der Hinrichtung Albert Leo Schlageters neue Nahrung erhalten, da die Version Hauensteins, er und seine Leute wären wegen ihrer Verhaftung durch die preußische Polizei an der Befreiung Schlageters gehindert worden, an Glaubwürdigkeit gewinnt.³⁰

II. Der Aufbau einer staatlichen Sabotage-Organisation

1. Ein „Reichsbeauftragter für sämtliche Sabotageakte“

Ohne Zweifel war die von Krupp organisierte Sabotage einzig als Ergänzung des passiven Widerstandes gedacht, die ausschließlich der Verhinderung von Kohlentransporten nach Westen dienen sollte. Gleiche Gedankengänge verfolgte beispielsweise auch der Duisburger Oberbürgermeister Carl Jarres, der sich sogar gegen einen breit angelegten passiven Widerstand wandte und statt dessen für einen „Widerstand nur an vitalen Punkten, aber dort schonungslos und unter Zerstörung wichtigster Verkehrspunkte und Verkehrsmittel (Tunnels,

27 „Niederschrift über die Besprechung zwischen den in Berlin anwesenden Aufsichtsratsmitgliedern und Mitgliedern des Direktoriums im Sitzungssaal des Krupp-Hauses, Berlin, Behrenstr. 3/4, am Mittwoch, den 30.5.23“, in: HA Krupp, FAH 4 C 30; Bericht von Kriminalkommissar Weitzel (wie Anm. 22), S. 39.

28 Carl Jarres an Friedrich Kienzl in Berlin, Zentralbüro (?), o. O., 7. Januar 1925, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), Nachlass Carl Jarres, Nr. 7. – Kienzl ist vermutlich identisch mit jenem „Herrn Kienzl aus Unna, der für Werkschutz Propaganda macht“, über den Kurt von Schleicher Angaben vom Chef des Stabes der 6. Division in Münster erbat; Kurt von Schleicher an Alexander von Falkenhausen in Münster, Berlin, 8. Juli 1924, in: BA-MA, Nachlass Kurt von Schleicher (N 42), Nr. 26. Die Antwort Falkenhausens, dass über „Herrn K. aus Unna [...] Ihnen Stülpnagel nähere Auskunft geben“ könne, belegt, dass Kienzl eine führende Rolle beim „aktiven“ Widerstand gespielt haben muss; Alexander von Falkenhausen an Kurt von Schleicher in Berlin, Münster, 15. Juli 1924, in: Ebd., Nr. 19.

29 Thomas Alexander, Carl Severing – ein Demokrat und Sozialist in Weimar, Frankfurt/M. u. a. 1996, S. 688-692.

30 Als Severing das Protokoll der Vernehmung Hauensteins durch Kommissar Weitzel an der Staatssekretär in der Reichskanzlei Eduard Hamm übersandte, gestand er in seinem Begleitschreiben ein: „Ich habe Grund zu der Annahme, dass die Angaben des Hauenstein über die Beziehungen seiner Organisation zu Behörden zutreffen. Ist dies aber der Fall, so müssen die Betroffenen ihre Festname durch die Polizei als bitteres Unrecht empfinden“; Der Preußische Minister des Innern an Staatssekretär Hamm, 8. Juni 1923, in: Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik (künftig: AdR): Das Kabinett Cuno, bearb. von Karl-Heinz Harbeck, Boppard 1968, Dok. 184, S. 550f., hier S. 550. Diese Aussage lässt Thomas Alexander in seiner Severing-Biographie unberücksichtigt. Allerdings erklärte Severing gegenüber einem unbekanntem Vertreter der Reichsregierung, dass Hauenstein „sich nach bestimmter Mitteilung des Polizeipräsidenten von Elberfeld weder bei seiner Verhaftung noch bei seiner Vernehmung darauf berufen [habe], dass er Schlageter befreien wollte. Gelegentlich habe er dies allerdings einmal zu einem Polizeiamt geäußert“; „Besprechung mit Herrn Minister Severing“ Berlin, 18. Juni 1923, in: BAB, R 43 I, Nr. 213.

Schleusen, Brücken und wichtiger Knotenpunkte)“ plädierte, damit aber nicht durchdrang.³¹

Die entscheidenden Schritte zum Aufbau einer staatlich organisierten systematischen Sabotage leitete Ende Januar 1923 der Vorsitzende der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Wilhelm Gutsche, ein. Gutsche lag vor allem daran, zu verhindern, dass durch eine planlose Sabotage etwa mittels Sprengsätzen in französischen Lokomotiven Menschenleben gefährdet würden. Außerdem sollten „andere Kreise“, also nationalistische Hitzköpfe, von der Beteiligung an Sabotageakten ferngehalten werden.³² Im Laufe des Januars war es bereits zu planlosen Sabotageakten von nationalistischer Seite gekommen, welche die deutschen Interessen mehr schädigten als die französischen.³³ Eine besondere Gefahr ging nach Erkenntnissen der Überwachungsorgane von einem möglichen Bandenkrieg gegen die Besatzungstruppen aus, weil er „den Funken zum Erglimmen bringen“ könne, „der einen neuen ungeheuren Brand entfachen und Deutschland neuerdings in einen Krieg hineinreißen könnte, in dem die Aussicht auf Erfolg von Anfang an unzweifelhaft auf Seiten der Gegner steht“.³⁴

Am 27. Januar schlug Gutsche über den Staatssekretär in der Reichskanzlei Eduard Hamm Reichskanzler Wilhelm Cuno und tags darauf Reichsarbeitsminister Brauns vor, einen Leiter für die Sabotage im Ruhrgebiet zu bestimmen, was belegt, dass es anders als bei Krupp keine vorausschauenden Personalplanungen gegeben hat. Gutsche präsentierte zugleich den Mann, der seiner Ansicht nach nicht nur imstande wäre, „Menschenleben zu schonen“, sondern auch „langsam, genau nach den Wünschen des Kabinetts die Sache in Betrieb zu setzen“: Kurt A. Jahnke. Vieles an der Person Jahnkes liegt in einem geheimnisvollen Dunkel, wahrscheinlich war er der politisch einflussreichste deutsche Geheimagent vom Anfang des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges mit weitreichenden persönlichen Beziehungen.³⁵ Er und sein Partner Paul Witzke gelten als die erfolgreichsten Sabotageagenten der kaiserlichen Marine in Amerika von 1915 bis 1918; auf Seiten ihrer Gegner erwarben sie zweifelhaften Ruhm als „The Most Deadly Sabotage Team in History“.³⁶ Nach dem Krieg nach

31 Carl Jarres, „Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung“, 20. November 1926, S. 1, in: BAK, NI Jarres, Nr. 49. Von verantwortlichen Stellen wurden „eine gründliche Unbrauchbarmachung des Rhein-Herne-Kanals in seiner Ausmündung“ sowie der Hochfelder Brücke, des Cochemer-Tunnels und des Horremer-Tunnels für zweckmäßig erachtet; Carl Jarres an Generalleutnant a. D. Ernst Kabisch in Stuttgart, Duisburg-Hamborn, 19. November 1931, in: Ebd., Nr. 36.

32 Wilhelm Gutsche an Heinrich Brauns, Berlin, 28. Januar 1923, in: Archiv der Abtei Weingarten (OSB) (künftig: AAW), Nachlass Heinrich Brauns, Nr. 700.

33 Stülpnagel (wie Anm. 13), S. 206.

34 Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, Lagebericht R.Ko. In. 84, 24. Januar 1923, in: BAB, R 134, Nr. 19.

35 Die Hinweise auf Jahnkes geheimdienstliche Tätigkeit sind weit verstreut. Einen relativ ausführlichen Überblick gibt Hsi-Huey Liang, *The Sino-German Connection. Alexander von Falkenhausen between China and Germany 1900-1941*, Assen 1978, S. 115-118.

36 Henry Landau, *The Enemy Within. The Inside Story of German Sabotage in America*, New York 1937, S. 102 (der Autor war mit geheimdienstlichen Ermittlungen für die Mixed Claims Commission beauftragt gewesen, welche die amerikanischen Schadenersatzansprüche gegenüber Deutschland feststellen und regeln sollte).

Deutschland zurückgekehrt, kam Jahnke anscheinend beim christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbund unter,³⁷ woher Gutsche ihn offenbar kannte.

Brauns traf sich umgehend mit Jahnke, der ihm ähnliche Gedanken für den Ruhrkampf vortrug, wie sie Stülpnagel für seinen „Feldjägersdienst“ entwickelt hatte. Daraufhin schickte Brauns Jahnke zu Stülpnagel und schon am Abend des 30. Januar hatte dann General Hans von Seeckt, der Chef der Heeresleitung, eine „Besprechung mit dem Abenteurer Herrn Jahnke, der sich in der ganzen Welt herumtrieb, über Sprengung der Eisenbahnen im Ruhrgebiet oder beim etwaigen Vorrücken in Westfalen!“, wie Seeckts Adjutant von Selchow in sein Tagebuch notierte.³⁸

Jahnke wurde am 30. oder 31. Januar zum „Reichsbeauftragten für sämtliche Sabotageakte“ bestellt, wobei dies höchstwahrscheinlich, wie Gutsche vorgeschlagen hatte, „eine rein private Stellung“ war.³⁹ Dieses Verfahren wurde dann auch bei allen anderen Führern im Bereich des Sabotagekampfes angewandt, bei denen es sich ausnahmslos um ehemalige Offiziere handelte. Auf diese Weise wurde der „aktive“ Widerstand von militärischen Fachleuten geführt, ohne dass die Reichswehr kompromittiert wurde. Jahnke unterstand zwei Ministerien: Einerseits dem Reichsarbeitsministerium, da seine „Tätigkeit noch in das Gebiet der Abwehrmaßnahmen der Arbeitnehmer-Organisationen gegenüber den Franzosen“ gehörte.⁴⁰ Dort war einige Tage zuvor auf Anregung von Brauns eine Kommission von Vertretern der Arbeitnehmer-Organisationen eingerichtet worden, die als zentrale Anlaufstelle dienen sollte, „mit der die Regierung Maßnahmen wie Sabotage, Streik, Nachzahlung des Gehalts und Lohnes, passive Resistenz usw. zu besprechen hat“.⁴¹ Das Reichsarbeitsministerium finanzierte denn auch Jahnkes Tätigkeit, wie fünfzehn erhaltene Quittungen belegen.⁴²

37 Jahnkes Funktion bei den christlichen Gewerkschaften wurde nicht geklärt; er selbst bezeichnete sich nur vage als „Mitglied“. Einen interessanten Überblick über Jahnkes Wirken auch in der Weimarer Republik gibt Berthold Jacob, *Der Abgeordnete Jahnke*, in: *Die Weltbühne* 22 (1926), S. 340-342, doch sind längst nicht alle dortigen Behauptungen durch andere Quellen überprüfbar.

38 Tagebucheintrag von Oberstleutnant a. D. von Selchow zum 30. Januar 1923, in: BA-MA, Nachlass Friedrich von Rabenau (N 62), Nr. 11.

39 Es gibt allerdings einen durchaus ernstzunehmenden Hinweis darauf, dass Jahnke bereits vorher von Justizrat Heinrich Claß, dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes für eine private Sabotageorganisation gewonnen worden war. Diese habe die Billigung der Regierung gefunden, wodurch Jahnke in eine Arbeitsverhältnis zur Regierung getreten sei, die ihm den nötigen Schutz gewährte; Aussage des im allgemeinen gut orientierten Zeugen Karl Schmidt-Halbschuh, eines ehemaligen Angehörigen des Nachrichtendienstes der Organisation Consul, vor dem Fememord-Untersuchungsausschuss des Preußischen Landtages; *Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtages*, 2. Wahlperiode, 1. Tagung 1925/26, Bd. 9, Nr. 3345, Berlin 1927, Sp. 50.

40 Wilhelm Gutsche an Heinrich Brauns in Berlin, Berlin, 28. Januar 1923, in: AAW, NI Brauns, Nr. 700.

41 „20. 1. 1923: Besprechung im Reichsarbeitsministerium“, in: *Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik 1919-1923*, bearb. von Michael Ruck, Köln 1985, Dok. 77, S. 746.

42 AAW, NI Brauns, Nr. 700. Die Mittel „für besondere Zwecke des Abwehrkampfes“ erhielt Jahnke offenbar häufiger direkt aus der Hand von Brauns. Es steht außer Frage, dass es sich bei diesen Zahlungen nur um einen Bruchteil der tatsächlichen Aufwendungen für die Sabotagearbeit gehandelt hat. Die relativ gleichmäßige Verteilung der Zahlungen über die Monate Februar bis September 1923 erlaubt dennoch Rückschlüsse auf die mit der Zeit immer mehr abnehmende Unterstützung der Sabotage. – Der Etat der Organisation Hauenstein betrug anfangs monatlich vier Millionen RM, ab Anfang März eine Million RM per Dekade; Bericht von Kriminalkommissar Weitzel (wie Anm. 22), S. 34 sowie 39.

Tabelle 1a: Zahlungen „für besondere Zwecke des Abwehrkampfes“ an den „Reichsbeauftragten für sämtliche Sabotageakte“ Kurt A. Jahnke⁴³

Datum	Summe in RM	Summe in \$	Summe in GM
19. 02. 1923	115.000.000	5.793,45	24.323,18
05. 03. 1923	50.000.000	2.196,06	9.219,99
29. 03. 1923	100.000.000	4.767,58	20.016,01
28. 04. 1923	100.000.000	3.355,70	14.086,49
24. 05. 1923	50.000.000	908,26	3.813,01
31. 05. 1923	60.000.000	863,31	3.624,06
15. 06. 1923	50.000.000	464,25	1.948,94
27. 06. 1923	150.000.000	980,39	4.115,68
06. 07. 1923	50.000.000	284,09	1.192,61
13. 07. 1923	50.000.000	267,38	1.122,46
13. 07. 1923	25.000.000	133,69	561,23
31. 07. 1923	300.000.000	272,73	1.144,91
14. 08. 1923	900.000.000	300,00	1.258,74
17. 08. 1923	100.000.000	31,25	131,23
25. 09. 1923	4.000.000.000	33,06	138,78
Gesamtsumme:		20.651,20	86.697,32

Tabelle 1b: Verteilung der Zahlungen nach Zeitabschnitten

	Dollar	Goldmark	% der Gesamtsumme
Februar bis April	\$ 16.112,79	67.645,67 GM	78,0 %
Mai und Juni	\$ 3.216,21	13.501,69 GM	15,6 %
Juli bis September	\$ 1.322,20	5.549,96 GM	6,4 %

Ob die Gewerkschaftsvertreter im Rahmen der sogenannten „Ruhrbesprechungen“ von Brauns über Jahnkes Tätigkeit und die der staatlich sanktionierten Sabotage-Organisation informiert wurden, muss freilich dahingestellt bleiben.

Andererseits wurde Jahnke Stülpnagel unterstellt. Diese militärisch-zivile Doppelspitze der Sabotagearbeit bereitete keine Probleme, da Brauns Stülpnagel „in sein Herz geschlossen hatte“ und Brauns allgemein bei führenden Reichswehrangehörigen besondere Wertschätzung genoss.⁴⁴ Auch in der Zielsetzung gab es zunächst keine Differenzen: Die Reichswehrführung sah es ebenso wie Gutsche als vorrangige Aufgabe an, „im Zusammenhang mit den Eisenbahn- und Kanalbehörden, sowie mit dem Wehrkreiskommando VI die richtigen Objekte zu bestimmen und die Handlungen unverantwortlicher Saboteure zu unterbinden“.⁴⁵

43 Umgerechnet nach Herbert Rittmann: Deutsche Geldgeschichte seit 1924, München 1986, Tabelle 8 „Berliner Dollarkurse 1920-1923: Übersicht der Tagesnotierungen“, S. 532-539, hier S. 538f.

44 Stülpnagel (wie Anm. 13), S. 198 (zum September 1921); Wilhelm Zimmermann, Die Wehrpolitik der Zentrumsparterie in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. u. a. 1994, S. 55f.

45 Stülpnagel (wie Anm. 13), S. 206.

2. „... die verantwortliche Regierung allein“: Die Sabotage-Organisation entsteht

Jahnke machte sich umgehend an die Arbeit. Noch am Nachmittag seiner Anstellung verpflichtete er den Hauptmann a. D. Walther Stennes als seinen militärischen Verbindungsoffizier, der die Aktionen verschiedener bereits operierender Einheiten koordinieren sollte.⁴⁶ Ein Schlaglicht auf die anfänglich offenbar weitreichenden Planungen für eine Sabotage wirft die Aussage Jahnkes, dass er am 1. Februar den Auftrag erhielt, eine Sabotageorganisation in Frankreich aufzubauen, worauf er hierfür insgesamt 23 Personen in Irland und Spanien anwarb. Angeblich wäre um den 20. Februar herum dieser Sabotagedienst genehmigt worden, doch hatte Jahnke das dafür zugesagte Geld Ende Februar/Anfang März noch immer nicht erhalten,⁴⁷ was darauf hindeutet, dass zwischenzeitlich wieder von diesem abenteuerlichen Unterfangen abgerückt worden war. Auftragserteilung und –zurückziehung standen möglicherweise in Zusammenhang mit einer Denkschrift Stülpnagels „über das Aufziehen einer kräftigeren Landesverteidigung“. Da General von Seeckt „jedoch das Entstehen eines Volkskrieges links des Rheines für aussichtslos“ hielt,⁴⁸ mussten die Sabotagemassnahmen in Frankreich, die wohl zu seiner Unterstützung gedacht waren, zu den Akten gelegt werden.

Anders in Deutschland: Am 10. Februar begannen Fachleute in Jahnkes Auftrag mit der „Herstellung von Material“, worunter wohl „Höllomaschinen“, also Zeitzündersprengsätze, zu verstehen sind. Wege, dieses Material in das besetzte Gebiet zu schaffen, wurden eingerichtet. Auch das wichtigste Ziel seiner Auftraggeber, die „wilde“ Sabotage einzudämmen und die Saboteure einer Kontrolle zu unterwerfen, schien Jahnke bald erreicht zu haben. Fünf Organisationen, die bereits im besetzten Gebiet bestanden hatten, unterstellten sich ihm; angeblich empfangen sie Befehle, Geldmittel und Material nur noch durch Jahnke. Für die Motivation und das Selbstbewusstsein dieser Organisationen dürfte es wichtig gewesen sein, dass Jahnke ihnen klargemacht hatte, „dass keine wilde Sache hinter mir steht, sondern *die verantwortliche Reg. allein*.“ Das Sabotagenetz umfasste zu diesem Zeitpunkt ungefähr 35 Sabotage-Stationen; sechs Beauftragte Jahnkes bereisten das besetzte Gebiet, um weitere Sabotagestellen einzurichten.⁴⁹

Welche Organisationen sich dem „Reichsbeauftragten für sämtliche Sabotageakte“ unterstellten, lässt sich nicht genau feststellen; mit Sicherheit kann dies nur von der „Organisation Hauenstein“ gesagt werden. Hauenstein, dem aufgrund früherer Erfahrungen die Beauftragung durch den Krupp-Konzern, die Handelskammer Essen und die Generalbetriebsleitung West der Reichsbahn keine ausreichende Rückendeckung schien, reiste Ende Januar nach Berlin, um sich bei der Reichswehrführung abzusichern. Während einer Unterredung mit

46 Charles Drage, *Als Hitler nach Canossa ging*, Berlin 1982, S. 83f.

47 Bericht Kurt Jahnkes an Heinrich Brauns, ungezeichnet, undatiert (vermutlich Ende Februar/Anfang März 1923), in: AAW, NI Brauns, Nr. 700.

48 Materialsammlung des Generalleutnants z. V. Lieber, in: BA-MA, NI von Rabenau (N 62), Nr. 40 (unter „e. Wehrmacht“), gedruckt in: AdR: *Die Kabinette Stresemann I u. II*, bearb. von Karl Dietrich Erdmann und Martin Vogt, Boppard 1978, S. 121ff., Anm. 10.

49 Bericht Kurt Jahnkes an Heinrich Brauns, ungezeichnet, undatiert (vermutlich Ende Februar/Anfang März 1923), in: AAW, NI Brauns, Nr. 700 (Unterstreichung im Original).

Stülpnagel versicherte ihm dieser, „dass das Reichswehrministerium lebhaftestes Interesse an der Tätigkeit der Organisation Hauenstein habe“. Darauf vermittelte ihm Stülpnagel die persönliche Bekanntschaft mit Jahnke. Jahnke empfahl Hauenstein, seine Aufträge weiterhin von seinen bisherigen Auftraggebern entgegenzunehmen, mit denen er direkten Kontakt aufnehmen wollte.⁵⁰

Vermutlich unterstellten sich auch die im Ruhrgebiet tätigen Saboteure des „Bundes Oberland“, denn der ehemalige Stabschef des „Bundes Oberland“, Hauptmann a. D. Beppo Römer, gab später an, „im Auftrag der Reichsregierung den aktiven Widerstand“ geführt zu haben.⁵¹ Römer, der zum Zeitpunkt der Ruhrbesetzung als Justiziar im Stinnes-Konzern tätig war, erhielt seinen Auftrag offenbar von höchster Stelle, denn er wurde angeblich „nach einer kurzen Besprechung zwischen Stinnes und dem damaligen Reichskanzler Cuno mit der Organisation der Sabotageakte im Nordabschnitt des Industriegebietes beauftragt“.⁵² Römers Hauptquartier befand sich in Hagen; Teile seiner Organisation erstreckten sich bis in das linksrheinische Gebiet und in den Raum Frankfurt am Main.⁵³

Der organisatorische Aufbau der staatlich sanktionierten Sabotage lässt sich nur unvollkommen rekonstruieren, weil die wenigen Hinweise teilweise widersprüchlich sind. Ohnehin kann man wohl kaum von starren Strukturen mit klaren Befehlswegen nach militärischem Muster ausgehen. Allein schon die Bedingungen eines nach außen wie nach innen weitgehend getarnten Kampfes machten alle Versuche, einen festgefügtten Rahmen zu schaffen, zunichte. Außerdem griff die Reichswehr in erster Linie auf Angehörige zum Teil untereinander verfeindeter nationalistischer Gruppen zurück, deren Führer einerseits Anlehnung an die Reichswehr suchten, andererseits aber ihre Befehlsgewalt keinesfalls aufgeben wollten. Eine Kontrolle durch die Reichswehr oder gar durch andere staatliche Stellen war daher praktisch unmöglich. Die Rolle von Heinrich Brauns scheint sich in der Praxis auf die des Geldgebers beschränkt zu haben.⁵⁴

Aus dem Reichsarbeits- und dem Reichswehrministerium liefen die Fäden der Organisation zum Reichswehrgruppenkommando 2 in Kassel, wo die „Abwehrstelle West“ eingerichtet

50 Bericht von Kriminalkommissar Weitzel (wie Anm. 22), S. 36f.

51 Vernehmungsprotokoll Beppo Römer, Berlin, 27. Mai 1933, abgedruckt in: Oswald Bindrich, Susanne Römer, Beppo Römer. Ein Leben zwischen Revolution und Nation, Berlin 1991, Dok. 32a, S. 146-149, sowie S. 38.

52 Vernehmung Beppo Römers durch die Gestapo am 3. Juli 1934, zitiert nach ebd., S. 38f., Anm. 82. Hugo Stinnes' streng vertrauliche Aussage gegenüber sozialdemokratischen Gewerkschaftern, äußerstensfalls könne man die Kokereien im Ruhrgebiet sprengen, er würde sich nicht scheuen, die Dynamitladungen höchstpersönlich anzubringen, erscheint vor diesem Hintergrund nicht mehr ganz so ausschließlich als rein verbale Kraftmeierei; „8.-10. 1. 1923: Bericht der ADGB-Sekretäre Knoll und Wisel über Besprechungen anlässlich der Besetzung des Ruhrgebiets“, in: Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik (wie Anm. 41), Dok. 75, S. 733-742, hier S. 740; siehe hierzu Feldman (wie Anm. 26), S. 844f.

53 „Wer waren die Träger des aktiven Widerstandes im Ruhrgebiet?“, in: Der Reiter gen Osten 7. Jg., Folge 2 (Februar 1936), S. 12.

54 Siehe Stülpnagel (wie Anm. 13), S. 206.

wurde, der die Gesamtleitung der Sabotage oblag.⁵⁵ Verantwortlich war ein auf Zivilvertrag angestellter Oberst a. D. Franz.⁵⁶ Im südlichen Wehrkreis V befehligte ein Oberst a. D. Cook die Sabotage.⁵⁷ Das gesamte Gebiet zwischen Wupper und Neckar unterstand der „Abwehrgruppe Südwest“ unter Leitung des ehemaligen Freikorpsführers Leutnant a. D. Friedrich Wilhelm Heinz mit Sitz in Frankfurt am Main. Faktisch war die „Abwehrgruppe Südwest“ nichts anderes als die Zentrale einer Kampftruppe des „Bundes Wiking“ des Freikorpsführers Kapitän a. D. Hermann Ehrhardt. Das Heinz unterstellte Gebiet erwies sich bald als „zu groß für eine planmäßige Leitung des Bombenkriegs gegen die Franzosen“, so dass er „den örtlichen Sprengtrupps freie Hand“ ließ. Der Schwerpunkt ihrer Sabotageaktionen lag im Taunus und im linksrheinischen Gebiet.⁵⁸

Im wichtigen Nordabschnitt der Sabotagearbeit, in der westfälischen Provinzialhauptstadt Münster, dem Sitz des Wehrkreiskommandos VI, fungierte „der politisch völlig einwandfreie“ Major a. D. Arnold Aulike⁵⁹ als offizieller Vertreter Jahnkes. Aulike war der Verbindungsmann zum Wehrkreiskommando VI und zum Oberpräsidenten Johannes Gronowski (Zentrum); die „Regierungspräsidenten wurden bestimmungsgemäß nicht offiziell orientiert, schon um sie nicht zu belasten“. Als Abschnittsleiter für die Sabotage warb Jahnke den früheren Freikorpsführer Hauptmann a. D. Franz Pfeffer von Salomon.⁶⁰

- 55 Das Reichswehrgruppenkommando 2 in Kassel unterhielt schon mehrere Jahre eine als „Deutscher Überseedienst“ getarnte Nachrichtensammelstelle über Spionageumtriebe der Franzosen, die sehr eng mit dem Nachrichtendienst der Organisation Consul zusammenarbeitete; Martin Sabrow, *Der Rathe-naumord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar*, München 1994, S. 125-127.
- 56 Oberst a. D. Franz (auch: Frantz) fungierte offenbar auch als „militärischer Berater“ des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Heinrich Claß; Alfred Kruck, *Geschichte des Alldeutschen Ver-bandes 1890-1939*, Wiesbaden 1954, S. 143.
- 57 Ein „führendes Mitglied der O. C.“ an die Deutsche Liga für Menschenrechte, zitiert in: Mertens, Leh-mann-Rußbüldt, *Widerholt* (wie Anm. 3), S. 33. Oberst a. D. Cook war „Ziviloffizier“ für den Bezirk Nassau, d. h. auf Zivilvertrag angestellter Organisator der „Schwarzen Reichswehr“. Einige wenige wei-tere Hinweise zur Organisation des „aktiven“ Widerstands in Südwestdeutschland in: „Wer waren die Träger des aktiven Widerstandes im Ruhrgebiet?“, in: *Der Reiter gen Osten* 7. Jg., Folge 2 (Februar 1936), S. 12.
- 58 Friedrich Wilhelm Heinz, *Sprengstoff*, Berlin 1930, S. 167 und 188f.; „Wer waren die Träger des akti-ven Widerstandes im Ruhrgebiet?“, in: *Der Reiter gen Osten* 7. Jg., Folge 2 (Februar 1936), S. 12.
- 59 Tatsächlich war Major a. D. Aulike Mitglied des Westfalenbundes, eines aus der Organisation Esche-rich hervorgegangenen regionalen Wehrverbandes; Leopold von Caprivi an Ferdinand von Lüninck, Münster, 5. November 1924, in: *Archiv Frhr. von Lüninck, Haus Ostwig bei Bestwig* (künftig: AvL), Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 766; siehe auch: Notiz der Polizeiverwaltung des Amtes Unna-Kamen, undatiert (Oktober 1923), in: *Staatsarchiv Münster* (künftig: StAM), Regierung Arnsberg, Nr. 14426. Zum Westfalenbund Gerd Krüger, *Von den Einwohnerwehren zum Stahlhelm. Der nationale Kampfverband „Westfalenbund e. V.“ (1921-1924)*, in: *Westfälische Zeitschrift* 147 (1997), S. 405-432.
- 60 „Meldung des Befehlshabers im Wehrkreis VI, Generalleutnant v. Loßberg, an das Reichswehrministe-rium über Unrichtigkeiten in einem Bericht des Regierungspräsidenten von Münster, Haslinde, bezüg-lich Maßnahmen gegen die alliierten Besatzungstruppen“, Münster, 1. Dezember 1923, in: *Das Kri-senjahr 1923* (wie Anm. 22), Dok. 124, S. 174f.

General Wilhelm Groener, 1923 Reichsverkehrsminister, hatte 1919 über Pfeffer geurteilt, dass er „an einer an Unzurechnungsfähigkeit grenzenden Selbstüberschätzung leide“;⁶¹ für Adolf Hitler aber blieb sein ehemaliger Oberster SA-Führer auch in der Rückschau „der geborene Organisator“.⁶² Pfeffer stellte sein Organisationstalent beim Aufbau der offiziell „Zentrale Nord“ benannten Befehlsstelle⁶³ ab Februar eindrucksvoll unter Beweis. Binnen Monatsfrist schuf er eine schlagkräftige Organisation, die in der Lage war, größere militärische Unternehmungen durchzuführen.

Pfeffer konnte in erster Linie auf die Angehörigen des Westfalen-Treibunds zurückgreifen, des mitgliederstärksten Nationalen Kampfverbands im Münsterland, als dessen „taktischer Führer“ er gelegentlich bezeichnet wurde,⁶⁴ sowie auf die Mitglieder kleinerer Verbände (Stahlhelm, Treibbund, Westfalenbund, Jungnationaler Bund, Nationalsozialisten und andere). Erst im Mai 1923 unterstellte sich der Jungdeutsche Orden, dessen Sabotagetrupps im Ruhrgebiet eine besonders aktive Rolle spielten, der „Zentrale Nord“; die Sicherung der Besatzungsgrenze von Dortmund bis Hengstey wurde von den im Regierungsbezirk Arnsberg dominierenden Jungdeutschen übernommen.⁶⁵

Der vordergründige Eindruck eines umfassenden, engmaschigen Sabotagenetzes trügt. Es kann nämlich nicht wirklich von einem zusammenhängenden staatlichen Sabotagesystem gesprochen werden. Die einzelnen Organisationen handelten trotz aller Bemühungen um eine einheitliche Führung unabhängig voneinander,⁶⁶ sie suchten ihre Handlungsfreiheit zu bewahren und sich einer Kontrolle zu entziehen. Obwohl kein verlässlicher Überblick zu gewinnen sein wird, muss davon ausgegangen werden, dass die Zahl der am „aktiven“ Wider-

61 Tagebucheintrag General Groeners am 15. Juni 1919, zitiert nach Reginald H. Phelps, Aus den Groener-Dokumenten, IV: Das Baltikum 1919, in: Deutsche Rundschau 76 (1950), S. 830-840, hier S. 833.

62 Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942-1945, hrsg. von Helmut Heiber, Stuttgart 1962, S. 900. Siehe auch die ausführliche Charakterisierung von Pfeffers durch Albert Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959, S. 218-220.

63 Zur „Zentrale Nord“ ausführlich, jedoch ohne Kenntnis einiger wesentlicher Zusammenhänge auf der überregionalen Ebene, schon Gerd Krüger, „Treudeutsch allewege!“ Gruppen, Vereine und Verbände der Rechten in Münster (1887-1929/30), Münster 1992, S. 170-197. Zur Tätigkeit der Nachrichtenstelle der „Zentrale Nord“ ders., Überwachung und „Bestrafung“ nonkonformen Verhaltens während und nach der Ruhrbesetzung (1923-1926), in: Kulturwissenschaftliches Institut, Jahrbuch 1997/98 (1998), S. 264-284, hier S. 266-269; für die Einordnung in den allgemeinen Rahmen nachrichtendienstlicher Aktivitäten ders., „... ich bitte, darüber nichts sagen zu dürfen“. Halbstaatliche und private politische Nachrichtendienste in der Weimarer Republik, in: Zeitgeschichte 2/2000 (im Druck), Kap. II,3.

64 Meldung des Befehlshabers im Wehrkreis VI, Generalleutnant v. Loßberg (wie Anm. 60), S. 175 (Loßberg zitierte in diesem Fall aus dem nicht ermittelten Bericht Haslindes). Zum Westfalen-Treibbund detailliert Krüger, Treudeutsch (wie Anm. 63), S. 115-124, 241-243.

65 Ebd., S. 181f.

66 So beschränkte sich beispielsweise die Zusammenarbeit zwischen der „Zentrale Nord“ und der Organisation Hauenstein darauf, dass der Westfalen-Treibbund Fahrräder an die Elberfelder Zentrale Hauensteins abgab; „Die Universität ehrt Schlageter. Eine bemerkenswerte Rede des Rektors: Münster und die Schlageter-Zeit“, in: Münsterischer Anzeiger, Nr. 566, 31. Mai 1933; siehe auch Heinz (wie Anm. 58), S. 188f.

stand Beteiligten ziemlich gering war. So erlangte etwa die Organisation Hauenstein insbesondere wegen der Hinrichtung ihres Mitgliedes Albert Leo Schlageter einen derart hohen Bekanntheitsgrad, dass sie förmlich mit dem „aktiven“ Widerstand im Ruhrgebiet gleichgesetzt wurde. Dies stand aber in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Bedeutung dieser Gruppe, die nie mehr als etwa 30 Mann umfasste.⁶⁷ Ehemalige Aktivisten des Ruhrkampfes bemühten sich denn auch um eine realistische Einschätzung der Stärkezahlen. Beppo Römer glaubte, dass „an den Sprengaktionen kaum 500 Mann aktiv teilgenommen haben“ dürften, „wovon im Laufe der ersten beiden Monate etwa ein Drittel in französische Gefangenschaft geriet“.⁶⁸ Ein ehemaliger Freikorpskämpfer, der Material über den „aktiven“ Widerstand sammelte, schätzte gar, dass „höchstens 200-300 Leute daran beteiligt waren“.⁶⁹ Diese Zahlen dürften höchstwahrscheinlich zu niedrig angesetzt sein, denn nach einer unvollständigen „Stärkeaufstellung“ befahl die „Zentrale Nord“ noch unmittelbar vor Abbruch des passiven Widerstands insgesamt 42 „Stoßtrupps“ und neun „Gruppen“. Da die Stärke eines „Stoßtrupps“ sechs bis zehn Mann betrug, die Stärke der „Gruppen“ aber unbekannt ist, standen allein hier zwischen mindestens 250 und etwa 420 Mann der „Zentrale Nord“ zur Verfügung.⁷⁰

Eine vermutlich von Wilhelm Gutsche stammende Zwischenbilanz der Tätigkeit der Sabotageorganisation aus dem April 1923 fiel eindeutig positiv aus: Der „Dienst“ wäre „jetzt sehr gut aufgezogen. Die Männer, die in den einzelnen Abschnitten arbeiten, sind sorgfältig ausgesucht und ausgezeichnete Persönlichkeiten“. Er würde „mit unseren Leuten“ zusammenarbeiten und hätte „gegebenenfalls Ausführungs-Mannschaften“ zu stellen. „Im übrigen wird der ‚Dienst‘ nach den Intentionen der beiden ihm vorgesetzten Ministerien arbeiten. Auf das Konto des ‚Dienstes‘ kommen einige Dutzend gut durchgeführter Einzelhandlungen“.⁷¹ Nach einer Übersicht des französischen Militärs erreichten die Anschläge auf das Eisenbahnnetz im besetzten Gebiet im März mit 86 Attentaten einen Höhepunkt, um dann im April und Mai auf 56 beziehungsweise 55 Anschläge abzusinken; im Juni stieg ihre Zahl nochmals leicht auf 62 Anschläge an.⁷² Der deutliche Rückgang nach dem März 1923 ist Resultat einer verbesserten Überwachung der Grenzen des besetzten Gebietes und der Verkehrswege. Zugleich verloren die Saboteure aber auch mehr und mehr die Unterstützung ihrer Geldgeber. Die Zahl der Anschläge korrespondiert mit den an Jahnke geleisteten Geldzahlungen: Von Februar bis April wurden 78 % der nachweisbaren Zahlungen an Jahnke getätigt; in den Monaten Mai und Juni nur noch 15,6 % und für Juli bis September ganze 6,4 % der Zahlungen (siehe Tabelle 1b).

67 Bericht von Kriminalkommissar Weitzel (wie Anm. 22), S. 36 und 39.

68 Beppo Römer, Der Ruhrkrieg 1923 und der aktive Widerstand, in: Aufbruch 3 (Januar 1933), S. 2-5, hier S. 4.

69 „Wer waren die Träger des aktiven Widerstandes im Ruhrgebiet?“, in: Der Reiter gen Osten 7. Jg., Folge 2 (Februar 1936), S. 12.

70 „Stärkeaufstellung“, undatiert (nach dem 18. September 1923), in: StAM, Zentrale Nord, Nachrichtenstelle, Nr. 2; dazu Krüger, Treudeutsch (wie Anm. 63), S. 181f.

71 Schreiben von vermutlich Wilhelm Gutsche an Heinrich Brauns, undatiert (April 1923), in: AAW, NI Brauns, Nr. 700.

72 Jeannesson (wie Anm. 10), S. 262.

Der Nutzen der Anschläge darf ohnehin nicht überbewertet werden, denn die Schäden waren meist nicht sehr erheblich und konnten von den französischen Pionieren in kurzer Zeit behoben werden.⁷³ Der Nachrichtendienst der „Zentrale Nord“ meldete gar das ihn selbst überraschende Ergebnis deutscher Untersuchungen, dass „ein sehr großer Teil der Sabotageakte durch die Franzosen und Belgier selbst verursacht“ wurde. Teils wären sie von kriegsmüden Soldaten durchgeführt worden, teils wären sie angeordnet worden, um Verkehrssperren und andere Repressalien zu rechtfertigen. Gleichzeitig würden Gerüchte ausgestreut, um gegen die Politik der deutschen Regierung, die für diese Anschläge verantwortlich wäre, Stimmung zu machen.⁷⁴

Gutsches Einschätzung hatte auch aus einem anderen Grund nur wenig mit der Realität zu tun, obwohl seine Leute auch in den radikaleren Gruppen saßen, er angeblich „seine Ohren am Boden“ hatte und „jedes Beben früher als andere“ erspürte.⁷⁵ Während Reichsregierung, Industrie und Gewerkschaften Sabotage als Mittel zur Steigerung der Effizienz des passiven Widerstandes eingesetzt wissen wollten, hatten die Hasardeure unter den Aktivisten des Ruhrkampfes schon längst damit begonnen, ihre eigenen Pläne zu verfolgen und die Sabotage zur Durchsetzung weitreichender innen- und außenpolitischer Zielsetzungen zu instrumentalisieren.

III. „Opferbereite Massen“, „ernsthafte Männer“, „politische Wirrköpfe“: Der passive Widerstand auf der Kippe zum offenen Krieg

Entgegen der von der deutschen Propaganda geprägten Sicht war der passive Widerstand im Ruhrgebiet keineswegs spontan erwachsen. Vielmehr war es, von Einzelfällen abgesehen, während der ersten Woche der Besetzung im Ruhrgebiet ruhig geblieben. Erst das Fehlverhalten der Besatzungsmächte und die von Fritz Thyssen und fünf weiteren Zechenherren wohlkalkulierte Inszenierung ihrer Verhaftung hatte die Arbeitnehmer des Reviers zur Aufgabe ihrer zunächst indifferenten Haltung bewegt.⁷⁶

Die Erregung über die Gewalttaten der Besatzungsarmee schuf eine explosive Lage: Die Überwachungsbehörden konstatierten „eine tiefgreifende Bewegung“ im Volk, „die, an historische Vorgänge anknüpfend, einen neuen Freiheitskrieg herbeisehnt. Mit dieser Stimmung muss gerechnet werden. Der Mann, der heute das Volk zum Kampf aufrufen würde, hätte begeisterte und opferbereite Massen hinter sich“.⁷⁷ Es setzte ein unerwarteter Zustrom

73 Otto Cohausz, Vor 50 Jahren: Der französisch-deutsche Eisenbahnkrieg im Ruhrgebiet 1923, in: Jahrbuch für Eisenbahngeschichte 6 (1973), S. 5-25, hier S. 16f.

74 N. D. [Nachrichtendienst] Nr. 16, Münster, 30. August 1923, in: AvL, N1 Ferdinand von Lüninck, Nr. 604.

75 Gottfried Reinhold Treviranus, Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf-Wien 1968, S. 57.

76 Siehe Ruck (wie Anm. 10), S. 61-103; Müller, Widerstand (wie Anm. 10), S. 113-190.

77 Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, Lagebericht R.Ko. In. 84, 24. Januar 1923, in: BAB, R 134, Nr. 19.

von Freiwilligen aus dem Ruhrgebiet ein, die sich der Reichswehr für einen Krieg gegen Frankreich zur Verfügung stellen wollten. So kündigte bei der Fried. Krupp AG „eine Anzahl junger Männer“ und begab sich nach Münster, Hannover und München, um in die Reichswehr einzutreten. Als Gegenmaßnahme verbot die Reichsregierung die Ausstellung von Führungszeugnissen an solche Arbeiter.⁷⁸ Oberleutnant von Selchow, Adjutant von General von Seeckt, vermerkte am 25. Januar in sein Tagebuch, dass „in Berlin Tausende von jungen Leuten aus dem besetzten Gebiet“ einträfen, „die auf Übungsplätzen untergebracht werden sollen. Ganz klar ist die Haltung dieser Leute nicht, man weiß nicht, ob es aus Patriotismus ist oder etwa eine Rechtsorganisation dahinter steckt, die einen evtl. Rechtsputsch beabsichtigt“. Einen Tag später notierte er:

„Immer wieder treffen junge Leute aus Rhein und Ruhr ein, rechts und links gesinnt, sie verlangen, nach Russland gefahren zu werden, um mit der roten Armee mit Deutschland gegen Frankreich zu kämpfen. So erfreulich diese Anzeichen des Lebensmutes und Nationalstolzes sind, man weiß nie, wer dahinter steckt“.⁷⁹

Auf das Gerücht, in Münster würde eine Armee unter Führung von General a. D. Erich Ludendorff aufgestellt, strömten so viele junge Männer dorthin, dass sich das Wehrkreiskommando VI zu einem öffentlichen Dementi veranlasst sah.⁸⁰ Die Vorgänge in Münster zeigten, daß Selchows Bedenken keineswegs aus der Luft gegriffen waren, denn Erich Ludendorff war schon seit Jahren die treibende Kraft im Hintergrund weitgespannter gegenrevolutionärer Bestrebungen.⁸¹

Die Kriegsbegeisterung des Jahres 1923 erschien auch nationalistischer Tendenzen unverständigen Beobachtern wie dem deutschen Pazifisten Hellmut von Gerlach⁸² als eine Wiederholung der Kriegsbegeisterung vom August 1914. Ein wichtiger Unterschied wird bei der Analyse der Volksstimmungen jedoch übersehen: 1914 wurde die Kriegsbegeisterung von der imperialistischen Reichsführung, die bewusst auf einen Krieg zusteuerte, gezielt geschürt; 1923 erwuchs die Kriegsbegeisterung aus der Empörung über Frankreichs Vorgehen, sie knüpfte auch eher am historischen Vorbild der Freiheitskriege gegen Napoleon denn am August 1914 an und war daher ein gutes Stück echter als zu Beginn des Ersten Weltkrieges.

78 (Ernst Jordan,) Die Besetzung des Ruhrgebiets und ihre Folgen für die Fried. Krupp A.-G., Essen, (ca. 1926), S. 5 (zwischen 20. und 24. Januar 1923 eingeordnet), in: HA Krupp, WA 7 f 1110; die Firma Krupp richtete „sich natürlich nach der Verfügung der Regierung“.

79 Tagebucheinträge von Oberstleutnant a. D. von Selchow zum 25. und 26. Januar 1923, in: BA-MA, NI von Rabenau (N 62), Nr. 11.

80 Münsterischer Anzeiger, Nr. 42 und 43, 25. Januar 1923; Westfälische Landeszeitung, Nr. 21, 27. Januar 1923.

81 Siehe Bruno Thoss, Der Ludendorff-Kreis 1919-1923. München als Zentrum der mitteleuropäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitler-Putsch, München 1978.

82 „Die Besetzung des Ruhrgebiets ist die einzige Frage, von der man in Deutschland jetzt spricht. Die ganze Nation ist daran interessiert, und die ganze Nation bildet eine Einheitsfront. Was es niemals gab seit dem Waffenstillstand, ist nun eine Tatsache geworden dank der Politik Poincarés. Aller Parteienstreit ist zurückgestellt worden“; Ein Demokrat kommentiert Weimar. Die Berichte Hellmut von Gerlachs an die Carnegie-Friedensstiftung in New York 1922-1930, hrsg. eingeleitet und erläutert von Karl Holl und Adolf Wild, Bremen 1973, S. 62f. (Bericht vom 3. Februar 1923).

Vor allem aber gaben sich 1923 Regierung und auch Reichswehr alle Mühe, die Stimmung zu kanalisieren, um es nicht zur Explosion kommen zu lassen. Angesichts der Volksstimmung erwog aber selbst der nüchtern kalkulierende Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, vorübergehend die Möglichkeit eines Befreiungskrieges.⁸³

1. Ein Gespann mit weltfremden Plänen: Fritz Thyssen und General a. D. von Watter

Im Ruhrgebiet versuchte vor allem Fritz Thyssen, die Kriegsbegeisterung aufzugreifen. Ende Januar/Anfang Februar begann er, die Idee zu propagieren, die Industrie solle selbst einen militärischen Verband aufstellen. Als Oberbefehlshaber stellte sich Thyssen ausgerechnet der im Juni 1920 verabschiedete Wehrkreiskommandeur General a. D. Oskar Freiherr von Watter zur Verfügung. Allein schon die Wahl dieses „Oberbefehlshabers“ für ein aus Arbeitern bestehendes „Privatheer“ belegt das realitätsferne Denken Thyssens: Als ehemaliger Kommandeur im Wehrkreis VI besaß Watter eingehende Kenntnis des möglichen Kampfgebiets. Auch hatte er sich durch sein hartes Durchgreifen während der Unruhen der Jahre 1919 und 1920 bei Industriellen und Bürgertum Anerkennung und Dankbarkeit erworben. Für die sozialistische Arbeiterschaft blieb sein Name jedoch untrennbar mit dem „weißen“ Terror jener Jahre verbunden; es war daher illusorisch, auf nennenswerte Unterstützung aus ihren Kreisen für einen „Oberbefehlshaber“ von Watter rechnen zu wollen. Möglicherweise kalkulierten Thyssen und Watter aber von vornherein nur mit der „national“ eingestellten Arbeiterschaft und mit den Studenten verschiedener Universitäten.⁸⁴

Watter brachte in die Beziehung mit Thyssen einen fertigen Kriegsplan für Reichswehr und Wehrverbände ein, der den Vorstellungen Stülpnagels (und Jahnkes) stark ähnelte, was darauf zurückzuführen sein könnte, dass Watter und Stülpnagel bei den ersten Vorbereitungen für eine mögliche „Volkserhebung“ Anfang 1920 zusammengearbeitet hatten.⁸⁵ Schnellbewegliche Truppen sollten den nach Innerdeutschland vordringenden Franzosen einen haltenden bewaffneten Widerstand entgegensetzen. In der Weserlinie sollte dann „ein Entscheidungskampf mit einiger Aussicht auf Erfolg begonnen werden“, der im weiträumigen französischen Etappengebiet durch einen Guerillakrieg der Wehrverbände unterstützt werden sollte. Ferner sollten Sprengtruppen die Bahnlinien zerstören, um so den Nachschub für die Front möglichst lange aufzuhalten.⁸⁶

83 Materialsammlung des Generalleutnants z. V. Lieber, in: BA-MA, N1 von Rabenau (N 62), Nr. 40 (unter „c. Westfragen“).

84 Siehe Kruck (wie Anm. 56), S. 143.

85 Stülpnagel (wie Anm. 13), S. 183

86 Ein „führendes Mitglied der O. C.“ an die Deutsche Liga für Menschenrechte, zitiert in: Mertens, Lehmann-Rußbildt, Widerholt (wie Anm. 3), S. 32. Wegen grundlegender Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Zielrichtung des Kampfes (zuerst Beseitigung der Republik oder zuerst Kampf gegen den äußeren Feind) war dieser Plan von der Organisation Consul schon vor der Ruhrbesetzung in abgeänderter Form dem französischen Nachrichtendienst zugespielt worden.

Bei der Reichswehrführung fand Thyssens Idee keinen Anklang. General von Seeckt, kompromisslos darauf bedacht, das Gesetz militärischen Handelns nicht aus der Hand der Reichswehr nehmen zu lassen,⁸⁷ verlangte „von Thyssen vollen Verzicht auf die Watter’schen Pläne und die Unterstellung aller etwa sich bildenden Formationen unter das W.K.K. [Wehrkreiskommando] VI“. Zwar verhandelte Seeckt wohl anfänglich mit Watter, lehnte es aber schließlich Mitte März ab, diesen zu empfangen.⁸⁸ Auch Thyssen machte von Seeckt bei einem Treffen am 26. März⁸⁹ seine Haltung erneut klar.

Die Ablehnung der Thyssen-Watter’schen Pläne resultierte keineswegs aus Einsicht in die Unrealisierbarkeit ihres Vorhabens. Vielmehr verfolgte die Reichswehrführung mit ihrer Unterstützung der von Gutsche, Brauns und Jahnke aufgezogenen Sabotage-Organisation Pläne, die genau in die gleiche Richtung zielten. Privatleute wie Thyssen und desavouierte ehemalige Militärs wie Watter konnten bei der viel Umsicht erfordernden Umsetzung dieser Pläne nur störend wirken.

2. Eine nie wiederkehrende Gelegenheit: Überlegungen für eine „Bartholomäusnacht“

Als die Reichswehrführung im Januar mit Mobilmachungsvorbereitungen für den Fall eines weiteren französischen Vorrückens in das Innere Deutschlands begonnen hatte, war die materielle Ausgangssituation niederschmetternd gewesen. Die Reichswehrführung hatte feststellen müssen: „Der Rüstungsstand ist derartig minimal, dass er nicht einmal zu einem Ostwiderstand ausreichen wird“; die Aufrüstung würde Milliarden Goldmark kosten. Ausgehend von der Prämisse, dass an „einen aktiven Kampf mit unseren schwachen Kräften nicht zu denken“ war, hatte Joachim von Stülpnagel eine nicht mehr auffindbare Denkschrift „über das Aufziehen einer kräftigeren Landesverteidigung“ ausgearbeitet. Zwar hatte General von Seeckt „das Entstehen eines Volkskrieges links des Rheins für aussichtslos“ gehalten,⁹⁰

87 Siehe Stülpnagel (wie Anm. 13), S. 190.

88 Materialsammlung des Generalleutnants z. V. Lieber, in: BA-MA, NI von Rabenau (N 62), Nr. 40 (unter „c. Westfragen“).

89 An diesem Tag ist in Seeckts Terminkalender unter anderem der Name Thyssen festgehalten; BA-MA, Nachlaß Hans von Seeckt (N 247), Nr. 19.

90 Materialsammlung des Generalleutnants z. V. Lieber, in: BA-MA, NI von Rabenau (N 62), Nr. 40 (unter „e. Wehrmacht“). In seinem Memoiren berichtet Stülpnagel über den Inhalt der Denkschrift, dass sie „darauf hinauslief, letzten Endes am Thüringer Wald das gesamte Reichsheer außer den Truppen in Ostpreußen zur Abwehr weiteren französischen Vorgehens einzusetzen, in dem Willen, nicht nachzugeben, sondern Zeit zu gewinnen, bis vielleicht England zur Besinnung kommen und dem französischen Vorgehen Einhalt gebieten würde“; Stülpnagel (wie Anm. 13), S. 205. Vgl. hierzu Michael Geyer: Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980, S. 29, der das Ziel dieser militärischen Planung als „abenteuerlich“ bezeichnet und folgert, dass auch Stülpnagel „kein realisierbares Konzept für die militärische Verteidigung“ besaß. Siehe aber ebd., Anm. 33, wo er „diesen Überlegungen die militärische Logik nicht abzusprechen“ vermag. Geyer übersah, dass auch Seeckt darauf baute, dass die Engländer „ein weiteres militärisches Eingreifen gegen Deutschland nicht billigen würden“; Vinzenz Müller, Ich fand das wahre Vaterland, hrsg. von Klaus Mammach, Berlin 1963, S. 209, der Ausführungen von Hauptmann Marcks, dem Pressereferenten in der Abteilung T 1 III, wiedergab.

doch hatte er sich mit Sabotageaktionen im neubesetzten Gebiet einverstanden erklärt. Der letzte Zweck der dann von Jahnke aufgebauten Organisation sollte es sein, „die eindringenden Franzosen durch Sabotageakte zu hemmen“, „den passiven Widerstand der Bevölkerung zu einem aktiven zu entwickeln (Bartholomäusnacht), und diesen – soweit wie möglich – staatlich zu organisieren“.⁹¹

Selbst wenn der letzte Beweis fehlt, so muss davon ausgegangen werden, dass eine „Bartholomäusnacht“ nur für den Fall eines weiteren französischen Vormarsches zur Unterstützung der Entscheidungsschlacht der Reichswehr geplant war. Ob daher die Vorarbeiten für eine „Bartholomäusnacht“ überhaupt über ein Planungsstadium hinaus kamen, ist nicht nachweisbar. In den Nationalen Kampfverbänden wurden hingegen ganz konkrete Überlegungen zur Vorbereitung einer solchen Erhebung der Bevölkerung der besetzten Gebiete als Initialzündung für einen allgemeinen Krieg gegen Frankreich angestellt.

Die Führung des Westfalenbundes, eines kleineren, aus der Organisation Escherich hervorgegangenen regionalen Wehrverbandes, der als vergleichsweise gemäßigt gelten kann,⁹² befasste sich mehrfach mit den Möglichkeiten zur Vorbereitung für einen Krieg mit Frankreich. Auf einer Beratung am 7. März gelangte die Führung des Westfalenbundes zu der Erkenntnis, dass „die Ruhrbesetzung eine so günstige Gelegenheit [ist], um daran den Befreiungskampf anzusetzen, wie sie wahrscheinlich nie wieder geboten wird“. Wichtig wäre nur, dass „uns noch eine gewisse Zeit gelassen und diese Zeit zu intensiver Vorbereitung ausgenutzt wird“. „Immer neue Gewalttaten der Franzosen“ sollten die Erbitterung der Bevölkerung „bis zur Siedehitze“ steigern, „bis das Signal zum Ausbruch des Volkskriegs kommt“. Dieser „Volkskrieg hinter der Front des Feindes in Verbindung mit dem Krieg unserer jetzt kleinen, aber dann vervielfältigten Wehrmacht“ wurde ungeachtet der materiellen Übermacht des Gegners als aussichtsreich angesehen, wobei „die Verwüstung von Städten und Fabriken durch die feindliche Luftflotte“ in Kauf genommen werden müsse, da dies „einen solchen Krieg niemals entscheiden“ könne, „wenn die Nerven durchhalten“. Als innenpolitische Voraussetzungen für den Befreiungskampf wurde angesehen, dass „die Reichsregierung jetzt ihre Vorsorge-Pflicht erfüllt“, den richtigen Augenblick für das Losschlagen erfasst und „dann dem Manne freie Bahn geben wird, der das ganze Volk einschließlich Sozialdemokratie mitreißt zu Kampf und Sieg“.⁹³ Die Führung des Westfalenbundes befand sich mit dieser Auffassung im Einklang mit der gesamten

91 Stülpnagels Bemerkungen vom 16. April 1940, zitiert nach Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln-Berlin 1964, S. 175.

92 Krüger, Westfalenbund (wie Anm. 59), S. 405-432.

93 „Zusammenfassung der bei der Beratung am 7. März in Detmold zum Ausdruck gekommenen Gedanken und einiger sich daran anschließender Folgerungen“, ungezeichnet, in: AvL, NI Ferdinand von Lüninck, Nr. 764 (Hervorhebungen im Original). Dieses Zeugnis deckt sich frappierend mit einer Äußerung Hitlers aus dem Frühjahr 1923: „Und was tut es schon, wenn ein Dutzend unserer Städte an Rhein und Ruhr in Flammen aufgehen und ein paar hunderttausend Menschen ums Leben kommen! Das ist gleichgültig. So ein Verlust ist in wenigen Jahren wieder eingeholt. Die Hauptsache aber ist, dass der Widerstandswille eines Volkes nicht preisgegeben wird“; zitiert nach Ernst F. Hanfstaengl, Zwischen Weißem und Braunem Haus. Memoiren eines politischen Außenseiters, München 1970, S. 105.

deutschen Rechten, wonach ein „Befreiungskampf“ allein von einer „diktatorisch handelnden deutschen Führung“ erfolgreich geführt werden könne.⁹⁴

In einem fünfseitigen Entwurf legte die Führung des Westfalensbundes dar, dass allein schon die „bloße Möglichkeit, dass der Einbruch der Franzosen über kurz oder lang zu kriegerischer Verwicklung, zum Verzweiflungskampf führt“, dazu zwänge, „alle zweckdienlichen Vorbereitungen zu treffen und nichts zu versäumen, was den Verzweiflungskampf zu einem erfolgreichen Befreiungskampf machen kann“. Dem eigentlichen Krieg müsste „die Erhebung des gesamten besetzten Gebietes vorausgehen mit dem Ziel, dass in wenigen Tagen die ganze auf deutschem Boden befindliche Heeresmacht Frankreichs entwaffnet, gefangengenommen oder niedergemacht ist“. Für die Vorbereitung der Erhebung durch eine von den vaterländischen Verbänden zu bildende Organisation „Rheinlandhilfe“ wurde ein detaillierter Maßnahmenkatalog aufgestellt, der ausdrücklich eine mehrmonatige Vorbereitungszeit voraussetzte. Da dieser Entwurf vermutlich im Zusammenhang mit der Beratung am 7. März entstand, scheint die Erhebung nicht mehr unbedingt für das Jahr 1923 ins Auge gefasst worden zu sein, denn „wegen der Landwirte“ wurde „Mitte Mai“ als eine „gute Zeit“ angesehen, und für die Einhaltung dieses Termins wäre die Vorbereitungszeit äußerst knapp bemessen gewesen.⁹⁵

Woher die Führung des Westfalensbundes zu diesem Plan inspiriert wurde, lässt sich nur mutmaßen. Die Reichswehr, für die der Bund zum Beispiel geheime Waffenlager unterhielt,⁹⁶ käme in Frage, wahrscheinlicher scheint aber eine Beeinflussung durch den Watter-Plan zu sein.

3. Der Nukleus einer Guerilla-Truppe: Die „Zentrale Nord“

In Münster fand die organisatorische Aufbauarbeit Pfeffers mit der schriftlichen Fixierung der Ziele der „Zentrale Nord“ am 10. März 1923 einen ersten Abschluss.⁹⁷ Diese Niederschrift offenbart Erstaunliches, denn sie hat mit den Intentionen von Jahnkes Auftraggebern nicht das geringste im Sinn. Unmissverständlich wurde gesagt: „Unser Ziel ist es, dem Feinde das Leben und Arbeiten möglichst schwer und gefährvoll zu machen“. Die Tätigkeit hätte sich demgemäß „gegen alle ungeschützten Teile des Feindes zu richten“, worunter, wie die genaue Aufzählung zeigt, vor allem einzelne Angehörige der Besatzungstruppen verstanden wurden. Ausdrücklich wurde bestimmt: „Anschläge, die nur Materialschaden verursachen,

94 Vermutlich zu einem späteren Zeitpunkt im Jahr 1923 entwarf die Führung des Westfalensbundes Leitsätze für die Durchführung außergewöhnlicher Maßnahmen im Rahmen eines „Notjahres“, mit dem „der völlige Zerfall unseres Staatswesens und das Versinken der Bevölkerung in namenloses Elend vermieden werden“ sollte. Nach Ablauf dieses Jahres hoffte man, dass „die Entwicklung der Dinge die Rückkehr zu normalen Verhältnissen erlauben“ würde; „Das Notjahr“, undatiert, ungezeichnet, in: AvL, NI Ferdinand von Lüninck, Nr. 749.

95 Ungezeichnete und undatierte Denkschrift mit handschriftlichen Korrekturen Ferdinand von Lünincks, des Leiters des Westfalensbundes, in: Ebd., Nr. 764.

96 Krüger, Westfalensbund (wie Anm. 59), S. 423-425.

97 Ungezeichnete Niederschrift vom 10. März 1923, in: StAM, Zentrale Nord, Nachrichtenstelle, Nr. 1.

sind zwecklos und haben zu unterbleiben“. Entlarvend ist eine hiermit zusammenhängende Anordnung: „Für schwere Zerstörungen an dem Eisenbahnnetze und Telegrafennetze und an den Schifffahrtswegen sind andere Kräfte angesetzt. Solche Maßnahmen, sowie jeder Eingriff in die noch in deutscher Verwaltung befindlichen Linien, Betriebe und Einrichtungen haben zu unterbleiben“. Das heißt im Klartext nichts anderes, als dass die „Zentrale Nord“ ausdrücklich nicht mit „normalen“ Sabotageakten zur Unterstützung des passiven Widerstandes, sondern ganz gezielt mit Aufgaben eines Guerillakrieges betraut worden war!

Die mit diesen Terroranschlägen verbundenen Absichten werden in der Niederschrift offen gelegt: „Die Sicherungsaufgaben der Truppen müssen derartig wachsen, dass erhebliche Verstärkungen herangezogen [werden] müssen“. Dieses Ziel sollte vor allem durch eine mit Anschlägen an der Besatzungsgrenze provozierte allmähliche Ausdehnung des besetzten Gebietes erreicht werden; in den neubesetzten Gebieten müsste die Terrortätigkeit dann „gleichzeitig mit dem Einmarsch des Feindes einsetzen“. Im Übrigen sollte auch keine „Rücksicht auf feindliche Drohungen, Repressalien, Geiseln“ genommen werden, im Gegenteil: Repressalien der Franzosen würden „die Kluft zwischen ihnen und der Bevölkerung vergrößern und offen halten“. Die Niederschrift beinhaltet den Auftrag, die Anschläge gegen die Besatzungsgrenze sofort vorzubereiten; am 24. März, mittags, also nach vierzehntägiger Vorbereitungszeit, hätten sie zu beginnen und wären dann ohne Unterbrechung „planmäßig fortzusetzen und zu verstärken“.

Geht man davon aus, dass nicht allein Franz von Pfeffer die Zielsetzung der „Zentrale Nord“ bestimmte, sondern er bis zu einem gewissen Grad nur ausführendes Organ war, so können über die Auftraggeber und Hintermänner der „Zentrale Nord“ und über ihre weiterreichenden Absichten, die mit der Terrortätigkeit verfolgt wurden, nur Mutmaßungen angestellt werden. Unverkennbar besteht ein Zusammenhang mit Informationen, die schon einen Monat zuvor Seeckt und das Truppenamt erhalten hatten. Seeckts Adjutant von Selchow notierte am 12. Februar in sein Tagebuch:

„Ernsthafte Männer erklärten folgende Idee: Frankreich müsse veranlasst werden, Teile Deutschlands zu besetzen. Die Geheimorganisationen an der Ruhr bereiten jetzt schon ein Losschlagen in dem als Etappe ausgebauten Ruhrgebiet vor, was den Zusammenbruch der franz. Armee nach sich ziehen müsse“.⁹⁸

Wer diese „ernsthaften Männer“ waren, darüber schwieg sich Selchow aus. Zu denken wäre in erster Linie an Fritz Thyssen, in zweiter Linie an General a. D. von Watter. Der Preußische Innenminister Severing erinnerte sich nach dem Zweiten Weltkrieg an Äußerungen Thyssens, die darauf schließen ließen, „dass er es begrüßt haben würde, wenn der passive Widerstand durch den aktiven der Landsknechte jener Zeit abgelöst worden wäre“.⁹⁹

98 Tagebucheintrag von Oberstleutnant a. D. von Selchow unter dem 12. Februar 1923, in: BA-MA, NI von Rabenau (N 62), Nr. 11.

99 Carl Severing an den Ersten öffentlichen Kläger im Hessischen Staatsministerium, Berufungskammer Marburg, o. O., 1. März 1948, in: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (künftig: AdsD), Nachlass Carl Severing, Mappe 305.

Denkbar wäre ein Einflussnahme Thyssens auf die „Zentrale Nord“ als Gegenleistung für seine Beteiligung an ihrer Finanzierung. Franz von Pfeffer gestand während einer gerichtlichen Auseinandersetzung ein, dass er im Ruhrkampf „ein außerordentlich hohes Gehalt“ bekommen hatte, doch deutete er zugleich an, dieses vom Staat erhalten zu haben. Hinsichtlich der Finanzierung der „Zentrale Nord“ bemerkte er lediglich, „dass es sich um eine sehr große Organisation“ gehandelt habe, „durch die ungeheure Mittel flossen“.¹⁰⁰ Als Anfang Mai 1923 beinahe alle Großindustriellen des Ruhrgebiets kategorisch ein Ende der Sabotage forderten und der „Zentrale Nord“ jegliche Unterstützung verweigerten, gab es nur „wenige Ausnahmen, unter denen der Thyssenkonzern besonders rühmlich dasteht“,¹⁰¹ ein Beleg dafür, dass zwischen beiden eine besondere Beziehung bestand.

Professor Hubert Naendrup, der Führer des Westfalen-Traubunds, der das Gros der Mannschaften der „Zentrale Nord“ stellte, deutete später an, dass der Watter-Plan für einen Guerrillakrieg und eine „Bartholomäusnacht“ den Hintergrund für die Untergrundtätigkeit der Wehrverbände abgab: „Der Gedanke der aktiven Abwehr und Sabotage sei zuerst von Major Schulz [Führer des im östlichen Ruhrgebiet beheimateten Wehrverbands Traubund] ausgesprochen worden, der ihn selbst auf Exz. von Watter zurückgeführt habe“.¹⁰² Somit liegt auch eine Adaption dieser Ideen durch die Führung der „Zentrale Nord“ im Bereich des Möglichen, da Schulz mit der „Zentrale Nord“ zusammenarbeitete.

Für eine Einflussnahme durch die Reichswehr, also durch Stülpnagel, mehr noch durch Loßberg, gibt es keinerlei Anhaltspunkte. Wehrkreiskommandeur Loßberg spielte zwar eine undurchsichtige Rolle während des Jahres 1923 (siehe Teil III, 1.3.) und schien notfalls auch einen „Verzweiflungskampf“ nicht zu scheuen. Dass er allerdings Befehle der Heeresleitung hintertrieb, erscheint doch wenig wahrscheinlich. Irgendwelche konkrete Anzeichen für ein Doppelspiel des „Reichsbeauftragten für sämtliche Sabotageakte“ gibt es ebenfalls nicht.

Die politische wie die militärische Führung waren sich der Gefährlichkeit der Geister, die sie gerufen hatten, offenbar schnell bewusst geworden. Am 5. März hielt sich Reichsverkehrsminister Groener in Begleitung Stülpnagels in Münster auf, wo er mit dem Wehrkreiskommando, den Eisenbahnbehörden und dem Bergbau-Verein „besonders über Sabotagefragen sprach und vor Torheiten warnte“. Im weiteren Verlauf des März fand eine Besprechung zwischen Reichswehrminister Geßler, Brauns und Seeckt statt, zu der Stülpnagel hinzugezogen wurde und „die über die Tätigkeit von Jahnke im Besonderen handelte“. Stülpnagel „wurde aufgegeben, Jahnke fest am Zügel zu halten“,¹⁰³ was darauf hindeutet, dass die militärisch-

100 „Pfeffer von Salomon gegen Stadtv. Gärtner“, in: Volkswille, Nr. 118, 22. Mai 1926.

101 „Z.N. Notiz“, 13. Mai 1923, in: StAM, Zentrale Nord, Nachrichtenstelle, Nr. 1.

102 „Die Universität ehrt Schlageter. Eine bemerkenswerte Rede des Rektors: Münster und die Schlageter-Zeit“, in: Münsterischer Anzeiger, Nr. 566, 31. Mai 1933.

103 Stülpnagel (wie Anm. 13), S. 207; „Reiseplan für eine Reise des Herrn Ministers nach Münster (Westf.) und Hamm vom 4. bis 6. März 1923“, in: BA-MA, Nachlass Wilhelm Groener (N 46), Nr. 140. Hier- nach waren für den Vor- und Nachmittag des 5. März „Besprechungen mit Bergbaulichem Verein und R.B.D. Münster“ vorgesehen, nicht jedoch mit dem Wehrkreiskommando VI. Protokolle der Besprechungen konnten nicht ausfindig gemacht werden.

zivilen Doppelspitze dem „Reichsbeauftragten für sämtliche Sabotageakte“ gehöriges Misstrauen entgegenbrachte. Auch der Oberpräsident der Provinz Westfalen sah sich Mitte März genötigt, in einem geheimen Rundschreiben auf die gefährliche Lage hinzuweisen:

„Bei dem rücksichtslosen Vorgehen des Feindes verschärft sich leider die Lage mit jedem Tag derart, dass die bereits vorhandene Gefahr des Übergangs vom passiven zum aktiven Widerstand immer größer wird. Politische Wirrköpfe treiben geradezu offen oder versteckt zum Kriege. Vielerorts verspürt man die meist unterirdische Wühlarbeit unverantwortlicher Kreise, die den Gedanken einer aktiven Abwehr propagieren“.¹⁰⁴

IV. Das „Unternehmen Wesel“: Auftakt zum „Befreiungskampf“?

In dieser höchst explosiven Situation, bei der offensichtlich zahlreiche Interessengruppen ein gefährliches Spiel mit dem Feuer spielten, indem sie nicht immer erkennbare Eigeninteressen verfolgten, die selbst der inoffiziellen Regierungspolitik zuwiderliefen, begannen die Planungen für die später „Unternehmen Wesel“ getaufte Aktion bei Friedrichsfeld.

1.1 Die Genese: Eine Aktion des passiven Widerstands

Der Anlass entsprach voll und ganz der Generallinie des passiven Widerstands:¹⁰⁵ Einerseits sahen sich die größeren Industriebetriebe des Ruhrgebiets nicht länger in der Lage, ihre Arbeiter zu beschäftigen, weil ihre Magazine überfüllt waren, andererseits warteten ihre bisherigen Abnehmer im unbesetzten Gebiet auf Halbfertigprodukte, um ihrerseits ihre Arbeiter weiter beschäftigen zu können. Zur Entlastung schlug der Leiter der Generalbetriebsleitung West, Oberregierungsrat Heiges, der zugleich für die Sabotage der Eisenbahner verantwortlich war, vor, durch eine Blockadebrechung in großem Stil Halbfertigwaren aus dem besetzten Gebiet herauszubringen.

Wann genau mit den Planungen für das „Unternehmen Wesel“ begonnen wurde, ist unbekannt; wegen der umfangreichen Vorarbeiten dürfte es nicht später als Anfang März gewesen sein. Alle Planungen wurden mit den Gewerkschaftsvertretern bei der Generalbetriebsleitung West abgesprochen und gemeinsam in Angriff genommen. Zunächst wurde an einen Ausbruch von zwanzig Zügen gedacht, was bei einer durchschnittlichen Zuglänge von 50 Waggons insgesamt ca. 1000 Waggons entsprochen hätte. Schon unter normalen Bedingungen wäre dies eine beachtliche organisatorische und logistische Leistung gewesen, unter den Bedingungen eines Besatzungsregimes, das sich zudem zahlreicher Spitzel und sonstiger Zuträger bediente, stellte es ein fast unmögliches Unterfangen dar. Daher überrascht es nicht,

104 Rundschreiben des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, geheim, Münster, 14. März 1923, in: StAM, Regierung Arnsberg, Nr. 14426.

105 Die Darstellung der Vorbereitung des „Unternehmens Wesel“ stützt sich auf die beiden Augenzeugenberichte beteiligter Gewerkschafter: Schäfer, „Bericht über Herausfahren von Zügen über Friedrichsfeld bei Wesel“ (wie Anm. 3), S. 33-38; Homann, „Bericht über die Friedrichsfelder – Angelegenheit“ (wie Anm. 9).

dass die Eisenbahndirektion Essen Bedenken äußerte, so dass die Zahl der Züge schließlich auf acht reduziert wurde, die bei Wesel-Friedrichsfeld die Grenzsperrren durchbrechen sollten. Möglicherweise wurde die skeptische Eisenbahndirektion Essen aber von der Generalbetriebsleitung West hinters Licht geführt. In der Osternacht brachen nämlich abgestimmt mit der Aktion bei Friedrichsfeld noch an zwei weiteren Stellen Züge aus dem besetzten Gebiet aus,¹⁰⁶ so dass die ursprünglich geplante Zahl von zwanzig Zügen vermutlich doch annähernd erreicht wurde.

Das „Unternehmen Wesel“ sollte den Firmen Thyssen, Rheinstahl und der Gutehoffnungshütte zugute kommen, vor allem aber profitierte die Firma Krupp. Sie stellte allein drei der acht vorgesehenen Züge, alle zwölf Lokomotiven waren Kruppsche Neubauten. Die beteiligten Firmen besaßen allesamt Erfahrungen mit Blockadebrechungen; auch war die Strecke über Friedrichsfeld immer wieder hierfür genutzt worden: Von der Gutehoffnungshütte wurden ganze Wagenladungen mit Kohle und Eisen nachts in Zügen, die ohne Schlusslicht fuhren, herausgebracht.¹⁰⁷ Auf den Verladestationen der August-Thyssen-Hütte in Mülheim wurden die belgischen Kontrolleure durch junge, hübsche Frauen abgelenkt, so dass jeweils bis zu vier Güterzüge unbeaufsichtigt beladen und abgefertigt werden konnten, die dann aus dem besetzten Gebiet ausbrachen.¹⁰⁸ Die Firma Krupp brachte fertige Erzeugnisse gelegentlich „unter verwegenen Kunststücken des Schmuggels nach dem Reiche heraus“,¹⁰⁹ Neugebaute Lokomotiven wurden zunächst auf den ausgedehnten Gleisanlagen des Werksgebietes verborgen und dann über Friedrichsfeld oder Aplerbeck-Süd heraus gefahren.¹¹⁰

Neben der unbemerkten Beladung und Zusammenstellung der für den Durchbruch vorgesehenen Züge stellte die Durchbrechung der militärisch bewachten Grenzsperrren natürlich das größte Risiko dar. Die Eisenbahner gingen nach allen Zusicherungen und Absprachen davon aus, dass unter keinen Umständen Gewalt angewandt werden dürfe. Die belgischen Posten auf dem Bahnhof Friedrichsfeld und auf der Lippebrücke bei Friedrichsfeld sollten betrunken gemacht, äußerstenfalls gewaltsam eingesperrt werden. Die belgische Hauptwache an der Lippebrücke in Stärke von immerhin 180 bis 200 Mann sollte durch Werfen harmloser Stinkbomben für eine halbe Stunde kampfunfähig gemacht werden. Hierfür sollten Oberregierungsrat Heiges etwa 30 Mann „von vertrauenswürdigen Personen zur Verfügung gestellt werden“.¹¹¹

Heiges gab später an, dass nach seiner Schätzung etwa 100 Zivilpersonen, ausgerüstet mit Revolvern, Karabinern und Stinkbomben, für die Sicherung der Durchbruchsstelle nötig

106 Erklärung von Rektor Waldemar Scheier aus Hamborn (1923 Leiter der Abwehrstelle Hamborn), Hamborn, 17. Januar 1929, in: Stadtarchiv Duisburg (künftig: StadtA DU), Bestand 52, Nr. 639.

107 Die Gutehoffnungshütte während der Besatzungszeit. Der Betriebsgang auf der Gutehoffnungshütte während der Besatzungszeit bis einschließlich Juni 1922 [1926], in: Ursprünge und Entwicklungen der Stadt Oberhausen. Quellen und Forschungen zu ihrer Geschichte 3, Oberhausen 1993, S. 86-96, hier S. 87.

108 Fritz Thyssen, *I Paid Hitler*, London 1941, S. 100.

109 Wilhelm Berdrow, *Die Firma Krupp im Weltkrieg und in der Nachkriegszeit*, Bd. 2: 1919-1926 (ca. 1926), S. 93f., in: *HA Krupp, FAH 4 E 10*, Bd. II.

110 Cohausz (wie Anm. 73), S. 9.

111 Homann, „Bericht über die Friedrichsfelder – Angelegenheit“ (wie Anm. 9).

gewesen wären. Deshalb wandte er sich an das Wehrkreiskommando VI in Münster um Unterstützung, da ihm bekannt war, dass dort ein Verzeichnis von Freiwilligen existierte. Durch Vermittlung des Wehrkreiskommandos trat der Eisenbahn-Oberlandmesser Karl Gärtner aus Münster¹¹² an Heiges heran, mit dem er zusammen mit Oberstleutnant von Falkenhäusen die weitere Planung vornahm.¹¹³ Ob Heiges nicht darüber aufgeklärt wurde, dass Gärtner Leiter des Stadtgaus Münster des Westfalen-Treibunds war und eng mit von Pfeffer in der „Zentrale Nord“ zusammenarbeitete, muss dahingestellt bleiben. Heiges informierte die Eisenbahner jedenfalls weder darüber, dass er die dreifache Anzahl an Männern angefordert hatte, noch darüber, dass diese nicht nur Stinkbomben, sondern auch Karabiner und Revolver mit sich führen sollten.

1.2 Die Weiterentwicklung: Die Organisation des „militärischen Teils“

Zunächst wurde der Ausbruch für die Nacht von Karfreitag auf Karsamstag (30. auf 31. März) geplant.¹¹⁴ Die „Zentrale Nord“ erhielt spätestens zehn Tage vor diesem Termin,¹¹⁵ also bis zum 20. März, den Auftrag, den Eisenbahnausbruch bei Friedrichsfeld zu sichern, demnach einige Tage, bevor sie mit den planmäßigen Anschlägen auf die Besatzungsgrenze beginnen wollte (24. März, mittags). Müsste es somit nicht aus Sicht der „Zentrale Nord“ (und ihrer Hintermänner) folgerichtig gewesen sein, die vielleicht einmalige Gelegenheit zu nutzen und unter dem Deckmantel einer offiziell sanktionierten Aktion ungehindert einen massiven militärischen Schlag gegen die Besatzungsgrenze zu organisieren?

Aufgrund der von ihr betriebenen Aufklärung gelangte die „Zentrale Nord“ zu einer deutlich abweichenden Beurteilung der militärischen Lage im Durchbruchsbereich als Heiges und erst recht als die Eisenbahner. Das Resultat war die Vorbereitung einer großangelegten militärischen Operation, zu deren Durchführung eine „für genügend angesehene Zahl Stoßtrupps von insgesamt 300 Köpfen mit 8 Maschinengewehren und aller sonstigen Ausrüstung“ herangezogen wurde. Andere Kräfte wurden mit Nebenaufgaben betraut: „Zerstö-

112 Gärtner hatte 1919 als Adjutant im Freikorps von Pfeffer an den Kämpfen im Baltikum teilgenommen, gehörte zu den Gründern der Organisation Escherich in Münster und des aus ihr hervorgegangenen Westfalen-Treibunds, dessen Stadtgau Münster er leitete; Krüger, Treudeutsch (wie Anm. 63), S. 115f., 118, 120 u. ö.

113 Protokoll einer Besprechung im Oberpräsidium Münster am 21. und 22. April 1923, geheim, 23. April 1923, in: BAB, R 43 I, Nr. 212. Im Protokoll wurden offensichtlich die Bezeichnungen „Reichswehr-Gruppen-Kommando“ und „Wehrkreiskommando“ durcheinandergebracht; Sinn macht dem ganzen Zusammenhang nach nur die Bezeichnung „Wehrkreiskommando“.

114 In den Personalanforderungen für die Abschnitte „S“ und „B“ wird noch von der Nacht 30./31. März ausgegangen; „Zentrale Nord. No. 3“, 25. März 1923, in: StAM, Zentrale Nord, Nachrichtenstelle, Nr. 3

115 So „Zentrale-Nord. No. 33: Bericht über eine Blockadebrechung bei Wesel in der Nacht zum Ostersonntag 1923“, 4. April 1923, in: Ebd., was ein offizieller Bericht für vorgesetzte Stellen der „Zentrale Nord“ gewesen zu sein scheint. Jansen (wie Anm. 1), S. 432, berichtet, dass die Erkundungen und die Einweisungen der Gruppenführer im Durchbruchraum vierzehn Tage beansprucht hätten, was angesichts der detaillierten Schilderung wahrscheinlicher klingt.

rung des feindlichen Fernsprechnetzes, plötzliche Abschneidung des elektrischen Lichtes, Materiallieferungen und Vorbereitungen zum Brückenschlag [über die wegen Hochwassers auf 50 Meter Breite angeschwollene Lippe], Bereitstellung der Waffen und Ausrüstung, Extrazüge, Verpflegung, Sanitätsmaßnahmen usw.¹¹⁶ Das Verhalten der „Zentrale Nord“ wirft die Frage auf, warum sie Heiges von ihrer Lagebeurteilung und den daraufhin getroffenen Vorkehrungen nicht in Kenntnis setzte, sondern wohl ausschließlich mit dem Wehrkreiskommando VI Absprachen traf, das seinerseits Heiges ebenfalls nicht über die Vorbereitungen informierte. Naheliegender wäre eine Aufklärung darüber gewesen, dass nur „ein großer Glücksfall [...] ein unbehelligtes Passieren der Blockade“ hätte ermöglichen können. Befürchtete die Führung der „Zentrale Nord“ vielleicht, dass Eisenbahner, Reichsbahn und Industrie in diesem Fall das Unternehmen absagen würden?

In der Vorbereitungsphase des „militärischen Teils des Unternehmens“ gibt es noch eine weitere Auffälligkeit. Ein Teilnehmer aus dem Kreis der Nationalisten erinnerte sich, dass sich zu einer ersten Besprechung im März 1923 im Münsteraner Café Adler in der Königstraße „eine große Menge Volkes“ einfand.

„Wir erfuhren, dass eine große Unternehmung unter der Leitung des bekannten westfälischen Freikorpsführers Hauptmann v. Pfeffer geplant war und hierzu eine bedeutende Anzahl Front- und Freikorpsleute gebraucht wurde. Eine Reihe von Gruppenführern wurde bestimmt und die organisatorische Seite bezüglich der Teilnehmer zunächst geregelt. Im Verlauf der weiteren Besprechungen im engeren Kreise erfuhren wir dann, worum es sich handelte.“¹¹⁷

Man kann zwar davon ausgehen, dass die Teilnehmer dieser Besprechung sich untereinander kannten und Spitzel somit aufgefallen wären. Dennoch macht eine derart sträfliche und leichtsinnige Vernachlässigung von Vorsichtsmaßnahmen stutzig, weil sie in einem krassen Gegensatz zu der sonst üblichen Geheimniskrämerei und zu der beinahe schon hysterischen Furcht vor französischen beziehungsweise „in französischem Sold stehenden“ Spitzeln steht.¹¹⁸ Ein Angehöriger der Abwehrstelle Hamborn, der beim Bahnsicherungsschutz das „Unternehmen Wesel“ mitmachte, gab später zu Protokoll, „dass wir als Ausführende niemals einen Überblick über eine Aktion hatten bzw. gewinnen konnten. Unsere Aufgabe

116 „Zentrale-Nord. No. 33: Bericht über eine Blockadebrechung bei Wesel in der Nacht zum Ostersonntag 1923“, 4. April 1923, in: StAM, Zentrale Nord, Nachrichtenstelle, Nr. 3.

117 Jansen (wie Anm. 1), S. 431.

118 Zu den Vorsichtsmaßnahmen der Nachrichtenstelle der „Zentrale Nord“ im Schriftverkehr Krüger, Treudeutsch (wie Anm. 63), S. 180f.; allgemein zum französischen Nachrichtendienst in Deutschland Wolfgang Ferner, *Das Deuxième Bureau der französischen Armee. Subsidiäres Überwachungsorgan der Reichswehr 1919-1923*, Frankfurt/M., Bern 1982. Professor Dr. Friedrich Grimm, der in zahlreichen Prozessen vor französischen und belgischen Militärgerichten als Verteidiger aufgetreten und daher gut informiert war, resümierte rückblickend: „Die französische sureté muss sich in großem Umfange deutscher Helfer bedient haben“; Friedrich Grimm an Major Oster, Wehrkreiskommando VI in Münster, Essen, 9. Dezember 1929, in: BA-MA, RH 53-6, Nr. 55. Der Chef des Stabes der 6. Division in Münster, Alexander von Falkenhausen, soll Grimm einmal erzählt haben, „dass vor seinem Büro stets mindestens zwei Spione sich herumtrieben: ein Agent der Franzosen und einer der deutschen Linksparteien“; Friedrich Grimm, *Mit offenem Visier. Aus den Lebenserinnerungen eines deutschen Rechtsanwalts*. Als Biographie bearb. von Hermann Schild, Leoni 1961, S. 108f.

bezog sich auf die Ausführung eines bestimmten Befehls. Ob dieser im Zusammenhang stand mit einer großen Aktion, konnten wir nicht ahnen“.¹¹⁹

Die Bekanntgabe an „eine große Menge Volkes“, dass „eine große Unternehmung“ geplant wäre, wirft daher die Frage auf, ob die ganze Aktion vielleicht gar nicht geheimgehalten werden sollte. Die Führung der „Zentrale Nord“ musste jedenfalls unmittelbar nach dem „Unternehmen Wesel“ eingestehen, dass die Geheimhaltung „nicht richtig“ gelungen war, so dass eine Reihe von Freiwilligen schwerstem Druck ausgesetzt gewesen sei; beispielsweise wäre neun Angestellten der Westfälischen Landesbank in Münster die Beteiligung bei Androhung fristloser Entlassung durch den Generaldirektor der Bank verboten worden.¹²⁰ Andererseits erhielten die einzelnen Gruppen des Westfalen-Treibundes, der das Gros der Mannschaften stellte, aus Gründen der Geheimhaltung ihren Einsatzbefehl erst im Laufe des Karfreitags durch den Münsteraner Juraprofessor Hubert Naendrup, den Führer des Bundes, persönlich ausgehändigt.¹²¹

In Anbetracht der undurchsichtigen Zielsetzung der „Zentrale Nord“ ist die Frage, ob von vornherein ein militärischer Zusammenstoß bei Friedrichsfeld gesucht wurde oder ob man sich doch nur auf reine Sicherungsaufgaben beschränken wollte, von entscheidender Bedeutung. Der „Zentral-Befehl“¹²² gibt keine vollkommen eindeutige Antwort: Die belgischen Besatzungen des Bahnhofs Friedrichsfeld und der Blockadestelle in Richtung der Lippebrücke sowie die Hauptwache in der Gastwirtschaft „Lippeschlößchen“ an der Lippebrücke selbst sollten „völlig überraschend und überfallartig“ überwältigt werden. Scheinbar unmissverständlich die Anweisung: „Die tatsächliche Anwendung von Waffen und Kriegsmitteln bleibt auf den Notfall bzw. Notwehr beschränkt“. Andererseits sollte „schlimmstenfalls die Überwältigung auch mit Waffengewalt erzwungen werden“ können. „Gegenangriffe und andere Gefährdungen“, etwa durch Zuführung von Verstärkungen, mussten „auf jeden Fall“ abgewehrt werden können.

Dass die Führung der „Zentrale Nord“ in Wirklichkeit einen militärischen Zusammenstoß nicht nur billigend in Kauf nahm, sondern fest damit rechnete, legt ihr offizieller Bericht über die Blockadebrechung unmissverständlich offen:

„Die ganze Gegend, nicht nur die Blockadestation, war stark belegt und bewacht. Nur ein großer Glücksfall hätte ein unbehelligtes Passieren der Blockade herbeiführen können. Mit höchster

119 Erklärung von Heinrich Ahlert (1923 Mitglied der Abwehrstelle Hamborn), Hamborn, 21. Januar 1929, in: StadtA DU, Bestand 52, Nr. 639.

120 Bericht „Hergang“, undatiert (erste Apriltage 1923), in: StAM, Zentrale Nord, Nachrichtenstelle, Nr. 3; „Zentrale-Nord, No. 101/Beilage“, 29. April 1923, in: Ebd., Nr. 1.

121 Professor Dr. Hubert Naendrup, „Die Weseler Aktion. Der Westfalen-Treibund“, in: National-Zeitung, Nr. 90, 1. April 1933. Dieser sogenannte „Zentral-Befehl“ erging bereits am 27. März: „Zentrale-Nord, No. 27“, 27. März 1923; „Transportbefehle“ wurden erst am Karfreitag erlassen: „Zentrale Nord, Nr. 29, *Transport-Befehl* für den Herrn Abschnittsführer ‚M‘“, 30. März 1923. Zur Geheimhaltung siehe auch die Anweisungen in den Personalanforderungen an die Abschnitte „S“ und „B“; „Zentrale Nord, No. 3“, 25. März 1923, in: StAM, Zentrale Nord, Nachrichtenstelle, Nr. 3.

122 „Zentrale-Nord, No. 27“, 27. März 1923, in: Ebd.

Wahrscheinlichkeit war ein Einschreiten der Stationswache anzunehmen, die dann im selben Augenblicke hätte niederkämpft werden müssen. Das würde Alarm geben, so dass dann weiterhin alle umliegenden Besatzungen ebenfalls im selben Augenblick niederkämpft werden mussten“.¹²³

Die Aussicht auf eine militärische Konfrontation mit belgischen Besatzungstruppen in erheblicher Stärke (allein die Zahl der im „Lippeschlößchen“ einquartierten Hauptwache betrug nach Gewerkschaftsangaben 180-200 Mann) ungefähr fünf Kilometer innerhalb des besetzten Gebietes stellte somit für die „Zentrale Nord“ ganz eindeutig keinen ernsthaften Hinderungsgrund dar.

1.3 *Der Mann im Hintergrund: Wehrkreiskommandeur General von Loßberg*

Die Waffen für das „Unternehmen Wesel“ wurden der „Zentrale Nord“ vom Wehrkreis-kommando VI zur Verfügung gestellt.¹²⁴ Neben acht Maschinengewehren erhielten die Freiwilligen Karabiner, Selbstladepistolen, mehrere Kisten Handgranaten und Sprengmunition; allerdings erwiesen sich Waffen, Material und Ausrüstung als „relativ schlecht, zum Teil sogar unbrauchbar“.¹²⁵ Welche Gründe die Münsteraner militärische Führung bewogen haben mögen, die von der „Zentrale Nord“ ausgearbeitete Planung mit unkalkulierbaren Risiken zu unterstützen und nicht die ursprüngliche, dem passiven Widerstand entsprechende Variante der Eisenbahner, kann nur vermutet werden. Sicher ist, dass Wehrkreiskommandeur von Loßberg während des Ruhrkampfes von 1923 eine undurchsichtige Rolle spielte und sich weder gegenüber der Republik, noch gegenüber dem Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, absolut loyal verhielt. Loßberg war schon in die Vorbereitungen des Kapp-Lüttwitz-Putsches vom März 1920 verstrickt gewesen und hielt 1923 vor allem mit Erich Ludendorff enge Fühlung, wie der Leiter der „Zentrale Nord“, Franz von Pfeffer, selbst bei Umsturzvorbereitungen im Jahr 1923 aktiv, bezeugte.¹²⁶ Möglich, dass Loßberg sich von einer Verschärfung der Ruhrkrise eine innenpolitische „Bereinigung“ im Sinne einer Machtübernahme der Reichswehr erhoffte.¹²⁷ Kurz nach dem Ende des Ruhrkampfes verkündete er unverblümt,

123 „Zentrale-Nord. No. 33: Bericht über eine Blockadebrechung bei Wesel in der Nacht zum Ostersonntag 1923“, 4. April 1923, in: Ebd.

124 Polizeibericht, Münster, 16. Mai 1924, in: StAM, Regierung Arnsberg, Nr. 14426.

125 „Hergang“, ungezeichnet, undatiert (erste Apriltage 1923), in: StAM, Zentrale Nord, Nachrichtenstelle, Nr. 3.

126 Georg Franz-Willing, *Krisenjahr der Hitlerbewegung 1923*, Preußisch Oldendorf 1975, S. 300, Anm. 8, S. 311 (nach mündlichen Mitteilungen Pfeffers). – Anfang Juli 1923 führte der in Umsturzvorbereitungen verwickelte Philosoph Oswald Spengler Gespräche mit Loßberg und anderen, denen er jedoch entnahm, „dass für gewisse Fälle überhaupt noch nichts vorgesehen ist“. Paul Reusch, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, klärte Spengler darüber auf, dass „Herr von Loßberg über das, was geschehen ist und was geschieht, nicht im Bilde“ sei; Oswald Spengler an Paul Reusch, München, 11. Juli 1923; Paul Reusch an Oswald Spengler, Nürnberg, 16. Juli 1923, in: Oswald Spengler, *Briefe 1913-1936*, hrsg. von Anton M. Koktanek, München 1963, S. 258f.

127 Im Vorfeld des Putsches der „Schwarzen Reichswehr“ gehörte Loßberg zusammen mit General Erich von Tschischwitz, dem Befehlshaber im Wehrkreis II, zu jenem Kreis von Kommandeuren, die Seeckt drängten, handelnd in die Politik einzugreifen, wodurch die Reichswehr „in ein Lager um Seeckt und ein anderes um Loßberg-Tschischwitz gespalten“ wurde; Schreiben von einem „Gewährsmann, der

dass einmal der Zeitpunkt käme, an dem „wir abrechnen müssen mit denen, die uns jetzt drangsalieren, [...] selbst wenn es einen Verzweigungskampf geben sollte“,¹²⁸ was als Kampfansage sowohl gegenüber den Gegnern Deutschlands, wie gegenüber der Republik aufgefasst werden konnte. Die katastrophalen Folgen eines militärischen Vabanquespiels überblickte Loßberg vielleicht gar nicht. In einer vergleichbaren Situation von existentieller Bedeutung für Deutschland, beim „Kriegsrat vom 19. Juni 1919“ in Weimar, als es um die Frage der Annahme oder Ablehnung der Versailler Friedensbedingungen ging, hatte sich Loßberg, damals Chef des Generalstabes des Oberkommandos Grenzschutz Süd, schon einmal durch eine besonders realitätsferne Lagebeurteilung hervorgetan.¹²⁹

In Gewerkschaftskreisen wurde Loßberg anscheinend mit Misstrauen begegnet. Es kann kein Zufall gewesen sein, dass Heinrich Brüning, 1923 Geschäftsführer der Vereinigung christlicher Gewerkschaften und bis Juli häufiger Besucher im besetzten Ruhrgebiet, im Münsteraner Wehrkreiskommando offenbar immer nur mit Oberstleutnant von Falkenhausen verhandelte und nicht mit General von Loßberg. Brüning charakterisierte Falkenhausen als „weise und diplomatisch“ und glaubte, dass er „wie wenige Reichswehroffiziere einen politischen Instinkt“ besäße. Vor allem in der Frage der Sabotage bestanden zwischen Falkenhausen und Loßberg deutliche Differenzen, wie Brüning bezeugte.¹³⁰

nicht genannt sein will“, an die Deutsche Liga für Menschenrechte, in: Mertens, Lehmann-Rußbüldt, Wiederholt (wie Anm. 3), S. 29. Ein Hinweis in den Erinnerungen von Joachim von Stülpnagel ist zweideutig: Im März „suchten Thyssen, Löwenstein vom Bergbauverein und der Wehrkreisbefehlshaber v. Watter mit seinem nunmehrigen Chef Falkenhausen, Hasse, Schleicher und mich auf und drängten auf eine aktivere Haltung der Heeresleitung“. Einerseits könnte es sich wegen Thyssens Zugehörigkeit zu dieser Gruppe tatsächlich um den ehemaligen Wehrkreisbefehlshaber von Watter gehandelt haben, die Nennung Falkenhausens würde dann eventuell auf einem Irrtum beruhen. Andererseits könnte es sich um den amtierenden Wehrkreisbefehlshaber von Loßberg gehandelt haben, wofür die Nennung seines Chefs des Stabes sprechen würde, dann wäre die Erwähnung Watters ein Irrtum; Stülpnagel (wie Anm. 13), S. 207.

128 Loßberg auf der Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins in Münster am 21. Januar 1924, zitiert nach Carl Severing: Mein Lebensweg, Bd. 2: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950, S. 4.

129 Der damalige Erste Generalquartiermeister Groener entschloss sich zur Reise nach Weimar, „weil ich besorgt war, dass durch den Einfluss der sehr patriotisch gesinnten, aber wenig nüchtern denkenden Generale von Below und von Loßberg es zu Entschlüssen kommen konnte, deren militärische Tragweite zu übersehen die Regierung unmöglich in der Lage war“. Groeners Befürchtungen bestätigten sich, denn „insbesondere General von Loßberg berauschte sich an seinen eigenen Worten, die jedes nüchterne, klare und logische Wägen eines im Kriege bewährten Generalstabschefs vermissen ließen“; „Aufzeichnungen des Ersten Generalquartiermeisters [Wilhelm Groener] über die Tage in Weimar vom 18. bis zum 20. Juni 1919“, in: AdR: Das Kabinett Scheidemann, bearb. von Hagen Schulze, Boppard 1971, Dok. 114, S. 476-492, hier S. 477 und 480. Auch Joachim von Stülpnagel berichtet in seinen Memoiren, dass „Loßberg sehr ungewandt seinen militärischen, die politischen Fragen aber überhaupt nicht berührenden Angriffsplan“ entwickelt habe, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob; Stülpnagel (wie Anm. 13), S. 163. – In den letzten Tagen des Ersten Weltkrieges kam Loßberg nach Ansicht des Marineoffiziers Ernst von Weizsäcker deswegen nicht als möglicher Nachfolger Erich Ludendorffs in Frage, weil er „offenbar ein Mann von zu geringer Intelligenz und zuviel Brutalität“ wäre; Die Weizsäcker-Papiere 1900-1932, hrsg. von Leonidas E. Hill, Berlin u.a. 1982, S. 304 (zum 18. Oktober 1918).

130 Heinrich Brüning, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 95 und 102f.

Aus allem lässt sich jedoch nicht ableiten, dass Loßberg auf eine militärische Auseinandersetzung infolge des „Unternehmens Wesel“ abzielte. Gegen eine solche Annahme spricht, dass im Gegensatz zum Januar 1923¹³¹ von der Münsteraner Garnison keine erkennbaren Vorkehrungen für den Fall einer krisenhaften Verschärfung der Lage getroffen wurden. Wie die Reichswehr sich im allgemeinen während des Jahres 1923 ganz bewusst im Hintergrund hielt und die Wehrverbände in den Vordergrund treten ließ,¹³² so hielt es auch das Wehrkreiskommando VI beim „Unternehmens Wesel“. Der schlechte Zustand der der „Zentrale Nord“ überlassenen Waffen und Ausrüstung belegt, dass die Reichswehr in den bei Friedrichsfeld eingesetzten Wehrverbänden Bauern auf einem Schachbrett sah, die ohne weiteres geopfert werden konnten. Die qualitätvolle Ausrüstung benötigte die Reichswehr selbst viel zu dringend für den Fall einer militärischen Auseinandersetzung, als dass sie sie für ein derartiges Abenteuer hätte abgeben können.¹³³

1.4 Die Durchführung: Eine fast perfekte Aktion des passiven Widerstands

Nachdem der Termin für die Blockadebrechung relativ kurzfristig aus unbekanntem Gründen um eine Nacht verschoben werden musste, vollzog sich die Vorbereitung des eisenbahntechnischen Teils des „Unternehmens Wesel“ ohne Schwierigkeiten. Probleme bereitete den Eisenbahnern lediglich, dass die Züge erheblich länger als vereinbart ankamen und kurz vor Beginn der Aktion die Firma Krupp unangemeldet noch einen besonders langen Zug schickte, der auf die bereitstehenden Züge aufgeteilt werden musste. Insgesamt wurden 12 neue Lokomotiven und mehr als 400 Waggons, größtenteils ebenfalls Neubauten, für den Durchbruch zusammengestellt.

Die Heranführung der Mannschaften der „Zentrale Nord“ wurde von Münster aus mit einem von der Reichsbahn gestellten Sonderzug bewerkstelligt, der aus sechs oder sieben Vierter-Klasse-Wagen sowie fünf oder sechs Güterwagen für Waffen, Ausrüstung und Verpflegung bestand. Der Transport wurde als Fahrt eines „Beckumer Gesangvereins“ zu einem „Gesang-Wettstreit“ getarnt. Während der Fahrt durch das westliche Münsterland nach Wesel stiegen mehrfach Gruppen des Westfalen-Treubunds zu. Insgesamt verzögerte sich die Ankunft am Zielpunkt in der Nähe von Wesel um eineinhalb Stunden. Der Übergang über die Hochwasser führende Lippe verzögerte weiter den Anmarsch, da der von einem Vorauskommando ehemaliger Pioniere gebaute Notsteg vom Hochwasser fortgerissen wurde. Mit einigen wenigen Kähnen, die zudem stark abgetrieben wurden, konnte nur die Hälfte der Männer rechtzeitig übersetzt werden. Belgische Dragoner entdeckten den Übergang, flohen aber. Nur etwa 120 Mann stellten sich zum Überfall auf die Wache des Bahnhofs Friedrichsfeld bereit, welche die Annäherung bemerkte und ebenfalls floh.

131 Siehe Krüger: Treudeutsch (wie Anm. 63), S. 171; Grevelhörster (wie Anm. 4), S. 75f.

132 Siehe Müller, Vaterland (wie Anm. 90), S. 209, der hier eine Aussage von Hauptmann Marcks, Presseferent in der Abteilung T 1 III und wichtiger Mitarbeiter Kurt von Schleichers, referiert.

133 Siehe Hermann Rahne, Mobilmachung. Militärische Mobilmachungsplanung und -technik in Preußen und im Deutschen Reich von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg, Berlin 1983, S. 162, Tab. 10.

Da kein Signal zur Umkehr gegeben wurde, fuhren um Punkt zwei Uhr Nachts die acht Züge versetzt auf zwei nebeneinander liegenden Gleisen durch die belgischen Sperren. Der siebente Zug zerriss auf der Lippebrücke und der achte Zug fuhr auf die liegengebliebenen Wagen auf. Die meisten Wagen des siebenten Zuges konnten mit einer Rangierlok geborgen werden, so dass schließlich nur sechs entgleiste Wagen vom siebenten Zug und der komplette acht Zug den Belgiern in die Hände fiel. Auch das Zugpersonal konnte vollzählig entkommen. Insgesamt konnten rund 350 Waggons in das unbesetzte Gebiet gebracht werden. Der Wert allein des transportierten Materials wurde nach Angabe der mitfahrenden Werksbeamten der beteiligten Firmen auf 50 bis 60 Milliarden Mark geschätzt, doch war diese Summe nach Ansicht von Gewerkschaftern viel zu niedrig angesetzt; Oberregierungsrat Heiges schätzte den Wert auf mindestens 35 Milliarden Mark.¹³⁴

Nachdem die Züge den Bahnhof Friedrichsfeld passiert hatten, wurden die „Stoßtrupp“ der „Zentrale Nord“ zurückgezogen. In einem Bericht über den „Hergang“ des „Unternehmens Wesel“ deckte die „Zentrale Nord“ in diesem Zusammenhang ungewollt etwas von ihren tatsächlichen Absichten auf. Unverblümt wurde eingestanden: „Es war den Freiwilligen eine harte Überwindung, kurz vor der fast sicheren Krönung des Erfolges durch einen schönen gefechtsmäßigen Abschluss still zurückzugehen“.¹³⁵ Die auf den Zügen mitfahrenden Gewerkschafter hatten indes beobachtet, wie in der Sperrlinie „die Belgier vollständig ratlos mit ihren Gewehren im Arm dastanden“¹³⁶ – ein Zeichen dafür, dass die großangelegte militärische Operation der „Zentrale Nord“ für den eigentlichen Zweck, die Sicherung des Eisenbahnausbruchs, gänzlich überflüssig gewesen war und die ursprünglich geplanten gewaltlosen Maßnahmen hierfür vollkommen ausreichend gewesen wären.

Die Gewerkschafter bemerkten erst auf Bahnhöfen des Münsterlands, „dass die ganze Angelegenheit ohne unser Wissen einen hochpolitischen Anstrich hatte“,¹³⁷ als sie den Sonderzug mit den inzwischen stark angetrunkenen Freiwilligen der „Zentrale Nord“ sahen. In diesem Zug fuhren auch Oberregierungsrat Heiges, Oberbaurat Rempf von der Generalbetriebsleitung West und Regierungsrat Augustin vom Maschinenamt Duisburg mit. Zur Rede gestellt, erklärte Heiges „ehrenwörtlich, nichts davon gewusst zu haben, dass so viele Menschen mitkommen würden“,¹³⁸ eine Version, bei der er auch später blieb. Bei einer Besprechung im Münsteraner Oberpräsidium verstieg er sich sogar zu der Behauptung,

134 Ob die Industrie das „Unternehmen Wesel“ finanzierte oder es sich auch noch vom Deutschen Reich bezahlen ließ, ist unbekannt. Bei der Landesbank in Münster waren Gelder unbekannter Herkunft für diesen Zweck eingezahlt worden. Zumindest die Verpflegung für die Freiwilligen-Kommandos der „Zentrale Nord“ wurde von der Reichsbahndirektion Münster bezahlt; „Pfeffer von Salomon gegen Stadtv. Gärtner“, in: Volkswille, Nr. 118, 22. Mai 1926; L. Steinberg, Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin, Berlin, 27. April 1923, in: HiKo, Restakten des ADGB, Ordner 158a.

135 Bericht „Hergang“, ungezeichnet, undatiert (erste Apriltage 1923), in: StAM, Zentrale Nord, Nachrichtenstelle, Nr. 3.

136 Homann, „Bericht über die Friedrichsfelder – Angelegenheit“ (wie Anm. 9).

137 Schäfer, „Bericht über das Herausfahren von Zügen“ (wie Anm. 3), S. 37.

138 Homann, „Bericht über die Friedrichsfelder – Angelegenheit“ (wie Anm. 9).

er selbst habe „mit der größten Energie und Rücksichtslosigkeit dafür gesorgt, dass trotzdem kein Unheil entstand“,¹³⁹ was nach Lage der Quellen als reine Schutzbehauptung ausgelegt werden muss.

Die Eisenbahner sahen sich aber nicht nur von der Reichsbahn getäuscht, sie hatten auch feststellen müssen, dass sich die Firma Krupp nicht an die Vereinbarungen gehalten hatte: Die Ladung der Kruppschen Güterwagen bestand nämlich nicht aus Halbfertigwaren zur Weiterverarbeitung im unbesetzten Gebiet, sondern ganz überwiegend aus großen Feldbahnwagen und landwirtschaftlichen Maschinen, die ebensogut im unbesetzten Gebiet hätten hergestellt werden können. Die Schuld daran, dass das „Unternehmen Wesel“ wegen der Überlänge der Züge nicht vollständig glückte, traf nach Ansicht eines mitfahrenden Eisenbahners zum großen Teil „die profitsüchtige Fa. Krupp, die den Hals nicht voll kriegen konnte“;¹⁴⁰ auch Oberregierungsrat Heiges machte die Maßlosigkeit der Industrie für den Verlust des achten Zuges verantwortlich.¹⁴¹

Wegen der Organisation des Übergangs über die Lippe, durch den das Heranführen von fast zwei Dritteln der Kampftruppen der „Zentrale Nord“ unmöglich wurde, gab es unmittelbar nach dem „Unternehmen Wesel“ offensichtlich Auseinandersetzungen zwischen den hierfür Verantwortlichen, ohne dass aus den verklausulierten Andeutungen nähere Informationen herauszufiltern wären.¹⁴² Dies kann als verständliche Kritik eines unter anderen Bedingungen entscheidenden Fehlers angesehen werden. Es ist aber auch die Interpretation möglich, dass dieser Punkt deshalb so große Kritik auf sich zog, weil dadurch das gesamte Unternehmen im Sinne der Hintergedanken der „Zentrale Nord“ gescheitert war: Da auf die Bereitstellung der Reserven und Sicherungen verzichtet werden musste, konnte die offene Konfrontation mit den belgischen Besatzungstruppen (der „Gesang-Wettstreit“!) nicht gesucht werden, weil sich die Erfolgsaussichten deutlich verringert hatten. Ungeachtet des vielleicht noch immer gegebenen Überraschungsmoments befanden sich die belgischen Soldaten im Durchbruchgebiet nun in der Überzahl, zugeführte Verstärkungen hätten die rund fünf Kilometer von ihrer einzigen Rückzugsmöglichkeit (einigen wenigen Kähnen!) entfernten deutschen Freiwilligen-Kommandos mit Leichtigkeit einkreisen und gefangennehmen beziehungsweise vernichten können.¹⁴³ Vierzehn Tage nach dem „Unternehmen Wesel“ gab es in Hamm noch eine ziemlich geharnischte „Manöverkritik“ durch Franz von Pfeffer, über die aber keine Einzelheiten bekannt geworden sind.¹⁴⁴

139 Protokoll von Besprechungen im Münsteraner Oberpräsidium am 21. und 22. April 1923, geheim, 23. April 1923, in: BAB, R 43 I, Nr. 212.

140 Homann, „Bericht über die Friedrichsfelder – Angelegenheit“ (wie Anm. 9).

141 Protokoll von Besprechungen im Münsteraner Oberpräsidium am 21. und 22. April 1923, geheim, 23. April 1923, in: BAB, R 43 I, Nr. 212.

142 „Übergang“, gezeichnet Gärtner, 10. April 1923; „Betrifft: Übergang Ostermorgen 1923“, gezeichnet Lapke, 11. April 1923, in: StAM, Zentrale Nord, Nachrichtenstelle, Nr. 3.

143 Vgl. Jansen (wie Anm. 1), S. 433.

144 Ebd., S. 434.

2. Die Schüsse bei Krupp am Karsamstag, den 31. März 1923

Unmittelbar vor Anlaufen des „Unternehmens Wesel“ kam es in Essen zum bis dahin folgenreichsten Zusammenstoß zwischen Besatzungstruppen und deutschen Zivilisten. Eine kleine französische Abteilung (ein Leutnant mit elf Mann) besetzte gegen 7 Uhr morgens die Kraftwagenhalle in der Kruppschen Gussstahlfabrik, um sie für eine später eintreffende Beschlagnahmekommission zu sichern. In den nächsten vier Stunden sah sich dieser kleine Trupp Tausenden von Arbeitern gegenüber, die durch die anderthalb Stunden (von 9 Uhr bis 10.30 Uhr) heulende Werks sirene zusammengerufen wurden. Als kurz nach 11 Uhr Vornestehende von Nachdrängenden auf die französischen Soldaten zugeschoben wurden, entlud sich deren Anspannung in gezielten Schüssen in die Menge, die dreizehn Tote und 29 Verletzte forderten.

Besteht zwischen den Essener Ereignissen und dem am Abend des gleichen Tages durchgeführten „Unternehmen Wesel“ nur ein zufälliger zeitlicher Zusammenhang? Es spricht viel für diese Annahme, doch gibt es auch einige Indizien, die auf einen zumindest indirekten Zusammenhang hindeuten könnten.

Die Firma Krupp hatte sich offensichtlich frühzeitig auf eine mögliche Besetzung des Ruhrgebiets eingestellt. Somit wäre es außerordentlich überraschend, wenn es keine vorher festgelegten Verhaltensmaßregeln für den Fall des Erscheinens französischer Truppen auf dem Werksgelände gegeben hätte. Die Entscheidung, die Werks sirene in Gang zu setzen, um die Arbeiter zusammenzurufen, war jedenfalls kein spontaner Akt, sondern eine wohlüberlegte Handlung, da sie erst zwei Stunden nach Erscheinen der Soldaten vorgenommen wurde. Zudem war diese Maßnahme sowohl angesichts des kleinen Trupps als auch hinsichtlich ihrer Dauer von anderthalb Stunden vollkommen überzogen und musste zwangsläufig darauf hinauslaufen, die Situation eskalieren zu lassen. Auch das Erscheinen eines Fotografen, der nach französischer Ansicht „augenfällig bereitgehalten worden sei“ und gestellte Bilder aufgenommen hätte,¹⁴⁵ spricht dafür, dass während der Anwesenheit der französischen Soldaten die Entscheidung getroffen wurde, die sich bietende Gelegenheit propagandistisch auszuschlachten.¹⁴⁶

Zu denken gibt ferner, dass eines der Opfer, der Bürobeamte Franz Göllmann, Mitglied der Essener Ruhrkampforganisation „Rauh“ war, die in erster Linie Propagandaarbeit betrieb. Einzelne Gruppen beteiligten sich aber auch an aktiver Sabotage. Der am Karsamstag Getö-

145 Die französische Version nach einem Bericht der Krupp-Direktion für die Handelskammer Essen, vermutlich vom 5. April 1923, in: HA Krupp, WA 4/2563. Drei Fotos in: Ebd. 16 z 97. Die Aufnahmen zeigen eine riesige Menge von Arbeitern, die sich zwischen den Gebäuden versammelt haben, aus den Fenstern hängen und in großer Zahl selbst auf die Dächer geklettert sind. Anzeichen von Erregung sind nicht zu erkennen, im Gegenteil: Dem Fotografen wird zugelacht, zugewinkt oder er wird mit erhobener rechter oder linker Faust begrüßt. Diese Fotografien bestätigen somit scheinbar die deutsche Version. Die entscheidenden Fotos, nämlich die vom eigentlichen Ort des Geschehens und von den französischen Soldaten, sind nicht vorhanden, obwohl es unvorstellbar ist, dass gerade hiervon keine Aufnahmen gemacht worden sein sollen!

146 Siehe hierzu auch Dirk Hallenberger, Erhard Schütz, „Schüsse bei Krupp“. Die Ruhrbesetzung 1923 in der Literatur, in: Literatur in Westfalen. Beiträge zur Forschung 3, hrsg. von Walter Gödden, Paderborn-München-Wien-Zürich 1995, S. 99-117, bes. 99, 101-103.

tete wurde rückblickend als „Gruppenführer einer besonders aktiven Gruppe“ charakterisiert.¹⁴⁷ Durch diesen Beleg gewinnt die französische Version, wonach am frühen Morgen des 31. März zur Gewalt aufrufende Broschüren verteilt worden seien, an Glaubwürdigkeit.

Gustav Krupp, zahlreiche, vielleicht alle Direktoren und eine Reihe leitender Angestellter der Firma Krupp waren über die Organisation Hauenstein und zumindest zum Teil auch über die übergeordnete staatliche Sabotageorganisation im Bilde. Außerdem waren Waffen bei der Firma Krupp versteckt worden. Die Schutzpolizei Essen war am 20. Februar von der Besatzungsmacht aufgelöst und ausgewiesen worden. Um ihre Waffen nicht beschlagnahmen zu lassen, wurden sie bei Krupp zurückgelassen. Die Organisation Hauenstein hatte aus diesen Beständen neben kleinen Handfeuerwaffen fünf Maschinenpistolen erhalten.¹⁴⁸ Die Vorbereitungen für das am 31. März anlaufende „Unternehmen Wesel“ müssen ebenfalls einem größerem Kreis Firmenangehöriger bekannt gewesen sein. Wurde die Eskalation somit gesucht, um von dem „Unternehmen Wesel“ abzulenken, das auch nach Wilhelm Gutsche Auffassung „unter allen Umständen gelingen“¹⁴⁹ musste? Fürchteten sie vielleicht, dass etwas über die umfangreichen Vorbereitungen durchgesickert war oder die Franzosen durch Spitzel Wind von der Sache bekommen hatten?

Für die Firma Krupp stand bei dem „Unternehmen Wesel“ viel auf dem Spiel, schließlich stammten alle Lokomotiven und bald die Hälfte allen Materials aus ihrer Produktion. Der erst in den späten Abendstunden des 31. März am Sammelpunkt eingetroffene unangemeldete vierte Zug der Firma Krupp umfasste ungefähr 60 bis 70 Waggons und muss vermutlich erst im Laufe des Karsamstags beladen worden sein. Musste der Trupp französischer Soldaten vielleicht von der Beladung und Abfertigung dieses vierten Zuges abgelenkt werden?

Ohne das Auftauchen neuer Quellen oder Indizen müssen alle Überlegungen rein hypothetisch bleiben, doch zweifellos hatte die Firma Krupp einiges zu verbergen. Die Verhaftung von drei Direktoren und eines Abteilungsvorstehers der Krupp-Werke am Ostersonntag, vor allem aber die Inhaftierung von Gustav Krupp am 1. Mai 1923 war nach der wohlkalkulierten Inszenierung der Verhaftung von Fritz Thyssen und fünf weiteren Industriellen am 20. Januar jedenfalls erneut eine glänzende Gelegenheit, das Bild von den den gleichen Repressalien unterworfenen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu propagieren. Gustav Krupp wusste genau, warum er Ende Mai Aufsichtsrat und Direktorium ausdrücklich darum bat, „Zeitungsberichterstatern nichts über das persönliche Befinden der Herren zu sagen. Die Behandlung lasse kaum etwas zu wünschen übrig“.¹⁵⁰ In Anbetracht der Zustände, unter denen

147 Dr. Reckhaus, Krieg im Dunkeln gegen die französische Besatzung in Essen, in: Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, hrsg. von Ernst von Salomon, Berlin 1938, S. 417-423, hier S. 422 (Verfasser war der ehemalige Führer der Ruhrkampforganisation Rauh).

148 Bericht von Kriminalkommissar Weitzel (wie Anm. 22), S. 38.

149 Schreiben von vermutlich Wilhelm Gutsche an Heinrich Brauns, undatiert (April 1923), in: AAW, NI Brauns, Nr. 700.

150 „Niederschrift über die Besprechung zwischen den in Berlin anwesenden Aufsichtsratsmitgliedern und Mitgliedern des Direktoriums im Sitzungssaal des Krupp-Hauses, Berlin, Behrenstr. 3/4, am Mittwoch, den 30.5.23“, in: HA Krupp, FAH 4 C 30. Siehe auch Karin Hartewig, Das unberechenbare Jahrzehnt. Bergarbeiter und ihre Familien im Ruhrgebiet 1914-1924, München 1993, S. 312.

die allermeisten deutschen Inhaftierten in französischen Gefängnissen zu leiden hatten, hätte das Bekanntwerden der bevorzugten Behandlung mit einem Schlag die psychologische Wirkung auf die Arbeiterschaft in ihr Gegenteil verkehrt.

Den auf einen Krieg hinsteuern den nationalistischen Kräften passte der blutige Zwischenfall bei Krupp bestens in ihr Konzept. Jetzt war „Arbeiterblut geflossen“, jetzt war die Stimmung auch unter den sozialistischen Arbeitern explosiv geworden, bedurfte es möglicherweise nur noch eines Funkens, damit die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets im Stile der ersehnten „Bartholomäusnacht“ über die Besatzungstruppen herfiel. Dieser Funke hätte die anlässlich des Eisenbahnausbruchs bei Friedrichsfeld gesuchte militärische Konfrontation sein können.

V. Das Echo auf das „Unternehmen Wesel“ und der Abbau der Sabotage

Deutscherseits wurden sofort Maßnahmen ergriffen, die Aktion bei Friedrichsfeld nicht in der Presse publik werden zu lassen.¹⁵¹ Zuerst brachten daher französische Zeitungen eine verzerrte Darstellung der Vorgänge bei Friedrichsfeld, die von Organen, die offenbar keinem Einfluss deutscher amtlicher Stellen unterlagen, richtiggestellt wurde.¹⁵² Erst die Haussuchungen bei den mutmaßlichen Drahtziehern des „Unternehmens Wesel“ löste dann jenen Wirbel aus, der die Blockadebrechung einer breiten Öffentlichkeit bekannt machte. Das Echo auf das Bekanntwerden des „Unternehmens Wesel“ fiel unterschiedlich aus: Es wirkte vermutlich durchaus als „Fanal des Widerstandes im Ruhrgebiet“,¹⁵³ denn dieses „Husarenstück“ übte kurzfristig wohl erhebliche psychologische Wirkung aus, die geeignet war, den Widerstandsgeist der deutschen Bevölkerung des besetzten Gebiets zu stärken. Die Selbstkritik niederrheinisch-westfälischer Zeitungsverleger, dass derartige Meldungen „ziemlich viel Unheil“ angerichtet hätten, ist deswegen unbegründet. Gänzlich abwegig ist die Folgerung, dass hierdurch die Franzosen unnötigerweise aufmerksam gemacht worden wären, die beteiligten Eisenbahner sich Unannehmlichkeiten zugezogen hätten und eine Wiederholung solcher Handlungen sehr erschwert worden wäre.¹⁵⁴ Selbstverständlich waren die Besatzungsmächte auch ohne diese Zeitungsberichte bestrebt, der Akteure von Friedrichsfeld habhaft zu werden und die Besatzungsgrenze so undurchlässig wie möglich zu machen. Drei Wochen nach dem „Unternehmen Wesel“, in der Nacht vom 21. auf den 22. April, missglückte daher beispielsweise der Versuch, bei Dorsten einen

151 Protokoll von Besprechungen im Münsteraner Oberpräsidium am 21. und 22. April 1923, geheim, 23. April 1923, in: BAB, R 43 I, Nr. 212.

152 Siehe die „Nachrichten“ des Bochumer Vereins, die am 6. April, also einen Tag vor der Anzeige sozialdemokratischer Gewerkschafter bei der Politischen Polizei in Münster, der Darstellung der Pariser Zeitung „Le Journal“ über die Vorgänge in Friedrichsfeld mit einer genauen Schilderung des tatsächlichen Geschehens (soweit es den eigentlichen Eisenbahnausbruch betraf) entgegentraten; Nachrichten [des Bochumer Vereins], 6. April 1923, in: HA Krupp, WA 80/920 00, Nr. 2.

153 So die Bewertung von Jansen (wie Anm. 1), S. 434.

154 Ippen, Die Besatzung und die Freiheit der Presse, in: Die Presse im Ruhrkampf, hrsg. vom Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungsverleger-Verein Bochum, Bochum 1925, S. 11-66 (richtig: 11-48), hier S. 31.

Materialzug in das unbesetzte Gebiet zu fahren. Zehn an der Aktion Beteiligte wurden von den Franzosen verhaftet.¹⁵⁵

Eine Wiederholung derartiger Aktionen wurde nicht nur durch Gegenmaßnahmen der Besatzungsmächte erschwert. Bei der obersten Leitung der staatlich sanktionierten Sabotage scheinen die Begleitumstände des „Unternehmens Wesel“ für Irritationen gesorgt zu haben: Am 9. April besprach sich General von Seeckt mit Reichsarbeitsminister Brauns wegen der Sabotage.¹⁵⁶ Dass sich das Gespräch auch und gerade um die Begleitumstände des „Unternehmens Wesel“ gedreht haben dürfte, ist zwar nirgendwo belegt, muss aber wegen des engen zeitlichen Zusammenhangs angenommen werden. Vermutlich werden Maßnahmen zur Geheimhaltung der Hintergründe und zur Verhinderung von Wiederholungen angedacht worden sein.

Ob Brauns entsprechend auf Gutsche einwirkte, ist nicht belegt. Die Führung des Widerstands der Eisenbahner zog aus den Begleitumständen des „Unternehmens Wesel“ aber die Konsequenz, dass in Zukunft „selbstverständlich große Sachen à la Wesel vermieden werden“ müssten. Zwar wurde anerkannt, dass in diesem besonderen Fall militärischer Schutz unabdingbar war, weil der Durchbruch „unter allen Umständen gelingen“ musste. Weitere Blockadebrechungen sollten jedoch ohne diesen Aufwand durchgeführt werden. Das Wachpersonal sollte „teils durch Schnaps, teils durch Weiber“ abgelenkt werden, wobei gegen den Einsatz von „Weibern“ offenbar ernste moralische Bedenken bestanden.¹⁵⁷

Bei der Führung des Sabotagekampfes werden auch die in Wirklichkeit gar nicht vom Preussischen Innenminister Severing, sondern vom Reichs- und Staatskommissar für gewerbliche Fragen in Westfalen, Ernst Mehlich (SPD), veranlassten Haussuchungen in Münster¹⁵⁸ Besorgnis ausgelöst haben. Die bekannt unnachgiebige Haltung Severings gegenüber rechtsradikalen Umtrieben und illegalen Mobilmachungsvorbereitungen¹⁵⁹ ließ unangenehme Nachforschungen und brisante Enthüllungen erwarten. Als Severing sich nach der Verhaftung Heinz Hauensteins durch Preussische Polizei im Mai immer heftigeren Angriffen von rechts ausgesetzt sah, rechneten Reichsregierung¹⁶⁰ und Reichswehr offenbar damit, dass sich

155 Lagemeldung vom 25. April 1923 (12 Uhr mittags), Münster, in: StAM, Regierung Arnberg, Nr. 14242.

156 General von Seeckt vermerkte in seinem Terminkalender nur: „Brauns üb. Sabotage“; BA-MA, NI von Seeckt (N 247), Nr. 19.

157 Schreiben von vermutlich Wilhelm Gutsche an Heinrich Brauns, undatiert (April 1923), in: AAW, NI Brauns, Nr. 700. – Solche moralischen Bedenken wurden nicht überall geteilt, wie die erwähnten Ablenkungsmanöver auf der August-Thyssen-Hütte in Mülheim zeigen. Auch die belgischen Offiziere in Friedrichsfeld sollen in der Osternacht „in – wie es heißt – vorsorglich bestellter – ‚Damen‘ gesellschaft“ gefeiert haben; Jansen (wie Anm. 1), S. 433.

158 „Besprechung mit Herrn Minister Severing“, ungezeichnet, Berlin, 18. Juni 1923, in: BAB, R 43 I, Nr. 213.

159 Siehe Peter Lehmann-Faust, Reichswehr und preussische Schutzpolizei im ersten Jahrfünft der Weimarer Republik, in: Die Deutsche Polizei und ihre Geschichte. Beiträge zu einem distanziernten Verhältnis, hrsg. von Peter Nitschke, Hilden 1996, S. 119-138, hier S. 131-138.

160 Severing hatte dem Staatssekretär in der Reichskanzlei Eduard Hamm am 8. Juni 1923 den Bericht des Kriminalkommissars Weitzel übersandt mit dem Bemerken, dass er „Grund zu der Annahme“ habe, „dass die Angaben des Hauenstein über die Beziehungen seiner Organisation zu Behörden zutreffen“.

Severing mit der Veröffentlichung der polizeilichen Untersuchungsergebnisse zur Wehr setzen würde. Einem unbekanntem Vertreter der Reichskanzlei versicherte Severing vor seinem Auftritt vor dem Preußischen Landtag ausdrücklich, „dass er nichts sagen werde, was der Reichsregierung Schwierigkeiten bereite. Insbesondere Sorge er auch für möglichste Geheimhaltung“. An diese Zusage hielt sich Severing dann trotz schwerer Angriffe auf seine Person,¹⁶¹ obwohl die entscheidende „Frage, ob Minister Severing morgen im Landtag bestimmt erklären kann, dass die Reichsregierung mit Heinz Hauenstein und seinen Bestrebungen nicht das Geringste zu tun habe“, zumindest in der Gesprächsnotiz unbeantwortet blieb.¹⁶²

Die durch das „Unternehmen Wesel“ ausgelösten Maßnahmen der Preußischen Polizei gegen die Sabotageorganisationen verfehlten nicht ihre Wirkung, denn die „Zentrale Nord“ geriet schon bald in eine zunehmend schwierigere Lage. Bereits Ende April sah sich ihre Führung gezwungen, wegen der Verfolgung durch deutsche Behörden bei den vorgesetzten Stellen einen „Antrag auf Schutz“ zu stellen. Die Arbeit wäre „fast bis zur Unmöglichkeit erschwert“ worden, weil die

„Bevölkerung glaubt, ein gutes Werk zu tun, wenn sie uns verrät und unsere Arbeit hintertreibt. Zahlreichen Beamten und Angestellten ist jeder Urlaub gesperrt, den sie bisher inoffiziell zu unserer Arbeit bekamen. Fast alle unsere illegalen Dynamit-Lieferanten haben die Zufuhr gesperrt. Die Verbindungen zur Polizei und zu sonstigen Behörden beginnen abzubreckeln, usw., usw.“¹⁶³

In der ersten Maihälfte musste man bei der „Zentrale Nord“ erkennen, dass auch die Großindustrie kaum noch bereit war, die Sabotage zu unterstützen. Namentlich die Leitung der

Vor allem kritisierte Severing, dass sich die verantwortlichen Stellen nicht mit ihm und den Polizeibehörden abgestimmt hätten. Kategorisch erklärte er: „Diesen Zustand halte ich aus unbedingt maßgebenden politischen Gesichtspunkten für völlig unerträglich und bin nicht in der Lage, mich mit ihm abzufinden“; Der Preußische Minister des Innern an Staatssekretär Hamm, 8. Juni 1923, in: AdR: Das Kabinett Cuno (wie Anm. 30), Dok. 184, S. 550f. Severing nahm auch Bezug auf sein Schreiben vom 30. Mai über die „Zentrale Nord“, das nicht ermittelt werden konnte.

161 Severing berief sich darauf, „dass über diese Dinge nichts gesagt werden darf, wenn man nicht wichtige Staatsinteressen gefährden will“, und beschränkte sich auf die Feststellung: „Aus guten Gründen, die Sie alle verstehen und würdigen werden, kann ich auf die Vorgänge in Friedrichsfeld und auf die darauf erfolgten Haussuchungen in Münster nicht eingehen“. Er begründete die Haussuchungen mit der Besorgnis, „dass, wenn die Erscheinungen, die bei dem Friedrichsfelder Unternehmen hervorgetreten waren, sich fortsetzten, dies den allerungünstigsten Einfluss auf die Verhandlungen haben würde, die damals gegen die Krupp-Direktoren im Gange waren“. Die Verhaftung Hauensteins wurde in der Landtagssitzung im übrigen nicht angesprochen; Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 1. Wahlperiode, 1. Tagung, Bd. 13, Berlin 1923, Sp. 18577.

Der DDP-Abgeordnete Riedel war deutlicher geworden, als er daran erinnerte, „wie Anfang April Roßbach-Leute bei Wesel einen Kampf gegen die Franzosen gelegentlich verschiedener Eisenbahntransporte geradezu provozieren wollten, und wie die Einsicht der Eisenbahner es verhindert hat, dass diese Roßbach-Leute dort in Aktion traten“; ebd., Sp. 18464.

162 „Bespprechung mit Herrn Minister Severing“, ungezeichnet, Berlin, 18. Juni 1923, in: BAB, R 43 I, Nr. 213.

163 „Zentrale Nord, No. 101. Antrag auf Schutz“, 29. April 1923, in: StAM, Zentrale Nord, Nachrichtenstelle, Nr. 1; eine Abschrift, gezeichnet Birkenstock (?), Beigeordneter, in: AdsD, NI Severing, Mappe 97 (vgl. Anm. 159).

Gutehoffnungshütte verweigerte jedwede Unterstützung,¹⁶⁴ so die Herausgabe von acht Zentnern Dynamit. Der Hanielkonzern, die Firma Krupp, Hans von und zu Löwenstein, der Geschäftsführer des Bergbauvereins, und selbst der Leiter der Eisenbahner-Sabotageorganisation, Karl Heiges, verbateten sich jeden weiteren Sabotageakt im rechtsrheinischen Gebiet.

„Die gesamte Industrie sei die Sabotiererei satt, sie führe nur zu Repressalien, Einengung des Güterverkehrs und des Handels usw. und füge der Industrie mehr Geldschaden zu als den Franzosen. [...] Von Berlin lasse man sich nicht vergewaltigen und erst recht nicht von wilden Militärs.“

Allein der Thyssenkonzern und einige wenige andere Firmen unterstützten auch jetzt noch die „Zentrale Nord“.¹⁶⁵

Anfang Juni schließlich war die „Zentrale Nord“ in eine „bedrängte Lage“ geraten. Die Schuld daran schrieb sie der Reichsregierung zu, die keineswegs das getan hätte, „was sie tun konnte, und was wir anfangs erwarten mussten“. Ein Vergleich mit „der (ebenfalls geheimen) Haltung der einstigen Wirth-Regierung beim Polen-Einbruch ins Oberschlesische Industriegebiet“ würde zeigen, dass die damalige Politik „in dieser Beziehung ganz erheblich energischer und konsequenter“ gewesen war.¹⁶⁶

So sehr sich dieser Vergleich gerade der Führungsriege des „aktiven“ Widerstands aufdrängte, die ausnahmslos die Kämpfe in Oberschlesien 1921 mitgemacht hatte, so sehr offenbart er auch die erschreckende Realitätsferne dieses Personenkreises, der sich immerhin aus ehemaligen Offizieren zusammensetzte: 1921 hatten deutsche Freikorps gegen irreguläre polnische Einheiten gekämpft; 1923 standen bestenfalls kaum mehr als tausend deutsche Aktivisten einer regulären, wohlgerüsteten Besatzungsarmee von 90.000 Mann gegenüber. Führern wie Pfeffer, Hauenstein und Römer war wie 1921 versichert worden, dass „die verantwortliche Regierung“ hinter ihnen stünde, sie verkannten jedoch vollkommen die gänzlich andersgeartete Zielsetzung des Jahres 1923: 1921 ging es der Reichsregierung tatsächlich darum, eine dauerhafte Abtrennung deutschen Gebiets mit militärischen Mitteln zu verhindern;

164 Es wäre daran zu denken, dass Paul Reusch, der einflussreiche Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, im Einvernehmen mit der Reichswehrführung den immer gefährlicheren Auswüchsen der Sabotage einen Riegel vorschieben wollte und sollte. Reusch war hinter den Kulissen ein eifriger Förderer der Reichswehr. An den streng geheimen deutsch-sowjetischen Verhandlungen über eine militärische und rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Roter Armee und Reichswehr war er durch seinen rüstungswirtschaftlichen Verbindungsmann Paul Schmerse direkt beteiligt. Dank außerordentlich enger Kontakte zum Truppenamt dürfte er der wohl besten über die Absichten der Reichswehrführung unterrichtete Industrielle gewesen sein; Manfred Zeidler, *Reichswehr und Rote Armee 1920-1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit*, München 1993, S. 72f.; Stülpnagel (wie Anm. 13), S. 197 und 207.

165 „Z.N. Notiz“, 13. Mai 1923, in: StAM, Zentrale Nord, Nachrichtenstelle, Nr. 1.

166 „Zentrale-Nord. No. 152. Bedrängte Lage₂ (vergl. Antrag auf Schutz v. 29.4.23.)“, 5. Juni 1923 [unvollständig erhalten], in: Ebd.; dazu auch: „Zentrale Nord Nr. 171, „Nachtrag zu ‚Bedrängte Lage‘ Nr. 152 v. 5.6.23.“, 23. Juni 1923, in: Ebd. – Zur inoffiziellen Haltung der Regierung Wirth in der Oberschlesienfrage siehe Peter-Christian Witt, *Zur Finanzierung des Abstimmungskampfes und der Selbstschutzformationen in Oberschlesien 1920-1922*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 13 (1973), S. 59-76; Ulrike Hörster-Philipps, *Joseph Wirth 1879-1956. Eine politische Biographie*, Paderborn-München-Wien-Zürich 1998, S. 131-147.

1923 sollte durch einen erfolgreichen passiven Widerstand Frankreich zu Verhandlungen über eine für Deutschland tragbare Regelung der Reparationen gezwungen werden. Dass der passive Widerstand eine politische Waffe war, blieb den ausschließlich in militärischen Kategorien denkenden Aktivisten unverständlich.

Die „Zentrale Nord“ drang mit ihren Hilferufen bei der militärisch-zivilen Doppelspitze der Sabotagearbeit nicht durch. Wie die Geldzahlungen an Kurt Jahnke in der Tendenz belegen, wurden die Mittel für Sabotageaktionen im Mai und Juni 1923 drastisch reduziert; ab Juli flossen dann nur noch kleine Beträge, die ganze 6,4 % aller belegten Zahlungen ausmachen (Tabellen 1a und 1b). Der allmähliche Abbau der Sabotage war selbstverständlich nicht allein Ergebnis der Begleitumstände des „Unternehmens Wesel“, doch leitete ihr Bekanntwerden unverkennbar einen Umdenkungsprozess bei den Verantwortlichen ein. Der innen- wie außenpolitische Druck auf die Reichsregierung, ihre inoffizielle Politik zu revidieren, nahm ständig zu.¹⁶⁷ Das verheerende Sprengstoffattentat auf der Hochfelder Rheinbrücke in der Nacht zum 30. Juni, dem neun belgische Soldaten zum Opfer fielen,¹⁶⁸ tat ein übriges.

Den letzten Anstoß, die Haltung in der Frage der Sabotage grundsätzlich zu überdenken, gab wohl ausgerechnet Fritz Thyssen. Dieser verfolgte zusammen mit General a. D. von Watter und dem inzwischen zu ihnen gestoßenen Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, gegen Jahresmitte noch immer den aberwitzigen Plan, ein „Privatheer“ aufzustellen, das unter den Besatzungstruppen eine „Sizilianische Vesper“ anrichten sollte. Ende Juni konnte Watter seinen Plan sogar anlässlich einer Besprechung von Industriellen und Militärs in Münster vorstellen, an der General von Loßberg, Vertreter des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats, Hugo Stinnes Jr., Vertreter der „Abwehrstelle West“ beim Reichswehr-Gruppen-Kommando 2 in Kassel, der Leiter der „Abwehrgruppe Südwest“, Friedrich Wilhelm Heinz, und andere teilnahmen.¹⁶⁹ Da der eigentliche Zweck dieser Besprechung unbekannt ist, sollte das Auftreten Watters in diesem Kreis nicht überbewertet werden. Überdies zeitigte die Präsentation keine weiteren Folgen, weil sich alsbald herausstellte, dass Watter und Thyssen zum Teil Hochstaplern aufgesessen waren, die sich an ihrer Kriegskasse bereichert hatten.

Thyssen fuhr im Anschluss an die Münsteraner Besprechung erneut nach Berlin, wo er Stülpnagel traf und ultimativ „forderte, dass die Regierung den heißen Krieg erklären oder mit Frankreich verhandeln müsse“. Thyssens Besuch bei Stülpnagel brachte offenbar das Fass zum Überlaufen: Ende Juni oder – wahrscheinlicher – Anfang Juli kam es zu einer Kabinettsitzung, an welcher der Preußische Innenminister Severing, Stülpnagel und der ausge-

¹⁶⁷ Siehe Müller, *Widerstand* (wie Anm. 10), S. 109.

¹⁶⁸ Die Täter konnten niemals ermittelt werden, auch reklamierte niemand die Durchführung dieses Anschlags für sich. Ermittlungen der deutschen Polizei ergaben keine Anhaltspunkte dafür, dass das Attentat überhaupt von deutschen Saboteuren ausgeführt worden war; Kriminal-Kommissar Busch, „Bericht über die Durchführung der Ermittlungen zwecks Ergreifung derjenigen Personen, welche in der Nacht zum 30.6.1923 die Sprengung auf der Rheinbrücke bei Duisburg-Hochfeld vorgenommen haben“, Duisburg, 16. April 1924, in: StadtA DU, Bestand 52, Nr. 71.

¹⁶⁹ Heinz (wie Anm. 58), S. 203; Kruck (wie Anm. 56), S. 142f.

wiesene Duisburger Oberbürgermeister Carl Jarres teilnahmen, deren Protokoll jedoch nicht auffindbar ist. Es wurde beschlossen, in der Sabotage eine Pause eintreten zu lassen, sie aber nicht abzubrechen. Gegen den Widerstand von Reichsverkehrsminister Groener, einem entschiedenen Gegner von Sabotageaktionen, wurde Jarres die alleinige Entscheidung über und Verantwortung für die aktive Sabotage übertragen.¹⁷⁰ Die bisherige militärisch-zivile Doppelspitze Stülpnagel/Brauns wurde somit von einer rein zivilen Leitung abgelöst. Diese Personalentscheidung ging offenbar nicht mit einer Entlassung des „Reichsbeauftragten für sämtliche Sabotageakte“ Kurt Jahnke einher, denn die Jahnke weiterhin ausgehändigten Geldbeträge deuten darauf hin, dass er auch unter Jarres tätig war, und dass das Reichsarbeitsministerium nach wie vor für die Finanzierung der Sabotagearbeit sorgte.

Eine Unterbrechung der Sabotage, wie sie das Reichskabinett beschlossen hatte, schien Jarres anfänglich nicht im Sinn gehabt zu haben. Aber bald nach seinem Amtsantritt musste er erkennen, „dass die Zeit für ein wirksames aktives Vorgehen verpasst war“. Der „Truppenschutz war so dicht und wohlorganisiert, dass vitale Punkte nicht mehr zu treffen waren“. Nunmehr machte er sich an die „schwere und undankbare Aufgabe“, Sabotageakte zu verhindern, „da sie nutzlos verpufft wären“.¹⁷¹

Seine Bemühungen kreuzten sich aber teilweise mit Vorbereitungen, welche die Reichswehr für eine mögliche Wiederaufnahme von Sabotageanschlägen traf. Gemäß einer Meldung des Generals von Loßberg wurden allein im Juli 1923 nicht weniger als 5000 Sprengkörper in das besetzte Gebiet geschafft.¹⁷² Auch die „Zentrale Nord“ war ungeachtet aller polizeilichen Maßnahmen während des Juli noch immer in der Lage, eine große Aktion vorzubereiten, für deren Vorarbeiten insgesamt 32 „Stoßtrupps“ zum Teil mehrfach zum Einsatz kamen. Voller Stolz wurde festgestellt: „Immerhin werden keinesfalls weniger als 100 Personen zur Mitwirkung herangezogen“.¹⁷³ Innerhalb der Führung des Wehrkreiscommandos VI gab es aber in der Frage der Sabotage deutliche Differenzen. Der Chef des Stabes, Oberstleutnant Alexander von Falkenhausen, beurteilte die Entwicklung im Ruhrgebiet sehr skeptisch, da es sich als unmöglich herausgestellt hatte, eine Kontrolle über den Widerstand auszuüben. Deshalb unterstützte anscheinend die Bemühungen von Jarres und begann seinerseits, „auf eigene Verantwortung, ohne seinen Divisionskommandeur in Kenntnis zu setzen, solche Sprengungen und Anschläge auf Eisenbahnen, die zu Verlusten von Menschenleben führen konnten, zu verhindern“.¹⁷⁴

170 Stülpnagel (wie Anm. 13), S. 209; Carl Jarres, „Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung“, 20. November 1926, S. 2, in: BAK, NI Jarres, Nr. 49. Seit April war Jarres als Verbindungsmann zwischen Reichs- und Preußischer Regierung und den örtlichen Leitungen für den Ruhrabwehrkampf tätig gewesen; sein Büro lag – möglicherweise vermittelt durch Heinrich Brauns – versteckt in einem Münsteraner Kloster.

171 Ebd.

172 Meldung des Befehlshabers im Wehrkreis VI, Generalleutnant v. Loßberg (wie Anm. 60), S. 175.

173 „Zentrale Nord. No. 298: Bericht über Stand der Vorarbeiten und eingesetzten Kräfte“, 26. Juli 1923, in: StAM, Zentrale Nord, Nachrichtenstelle, Nr. 3.

174 Brüning (wie Anm. 129), S. 95.

Ähnlich wie der passive Widerstand langsam abbröckelte, bevor er schließlich von der Reichsregierung am 26. September 1923 offiziell eingestellt wurde, ermattete somit auch der „aktive“ Widerstand mit der Zeit, weil er durch Abschneidung der Unterstützung gewissermaßen „ausgetrocknet“ wurde.¹⁷⁵ Während einer Besprechung mit dem belgischen Gesandten Comte de la Faille de Leverghem am 16. September 1923 konnte der neue Reichskanzler Gustav Stresemann daher mit Recht erklären, „dass unter meiner Kanzlerschaft irgendwelche Sabotageakte gar nicht vorgekommen seien“.¹⁷⁶ Die Reichswehr mochte aber auch nach dem Ende des passiven Widerstands nicht gänzlich auf ihre Hilfstruppen verzichten. Sicherungsaufgaben gegenüber dem Besatzungsgebiet wurden weiterhin von halblegalen Einheiten wie der „Grenzschutzkompanie ‚Lüdinghausen‘“ übernommen, die aus ehemaligen Ruhrkämpfern zusammengesetzt waren.¹⁷⁷ Ebenso wurde die kurzzeitige militärische Ausbildung junger Männer aus dem besetzten Ruhrgebiet fortgesetzt.¹⁷⁸ Bei den geheimen Maßnahmen zum Landesschutz überschnitt Wehrkreiskommandeur Loßberg in einem solchen Maße die ihm gegebenen Anweisungen, dass er Ende 1924 auf den Posten des Oberbefehlshaber des Reichswehr-Gruppen-Kommandos 1 in Berlin abberufen wurde, wo ihm mehr die Funktion eines Inspektors zukam.¹⁷⁹ Aber auch noch nach der Räumung des Ruhrgebiets Mitte 1925 wurden nach Erkenntnissen des Preußischen Innenministers mit Wissen des Wehrkreiskommandos in Münster „Trupps junger Leute in regelmäßiger Ablösung für Sabotagezwecke im linksrheinischen Gebiet (!) für den Fall neuer feindlicher Maßnahmen der Besatzungstruppen (!), und zwar vornehmlich in der Verübung von Sprengstoffattentaten (!) praktisch ausgebildet“.¹⁸⁰

VI. Ausklang: Die Aktivisten handeln

Die Frustration der aktiven Ruhrkämpfer über das faktische Ende des „aktiven“ Widerstands, die Erkenntnis, „dass wieder mal alles vergeblich sein soll, und dass wir für unseren Teil der Aufgabe allesamt das Leben einsetzen, während im Großen die Position nur mit

175 Siehe Wentzcke (wie Anm. 5), Bd. 2, Berlin 1932, S. 124f.

176 „Besprechung des Reichskanzlers mit dem belgischen Gesandten am 16. September 1923“, in: AdR: Die Kabinette Stresemann (wie Anm. 48), Dok. 61, S. 290-294, hier S. 291.

177 Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Personalakte Nr. 89897 (Akten betreffend den Polizeipräsidenten August Knickmann in Duisburg-Hamborn). Knickmann befehligte diese Kompanie vom 1. Dezember 1923 bis zum 15. März 1924. Siehe auch: „Besprechung mit Sachsen“, 11. September 1923, in: AdR: Die Kabinette Stresemann (wie Anm. 48), Dok. 53, S. 238-248, hier S. 247 mit Anm. 28.

178 Siehe die ausführlichen Ergebnisse von Ermittlungen gegen die Mitglieder des Essener „Wandervereins Columbia“ beziehungsweise des „Jungnationalen Bundes“: „Kriegsgericht 77. Division, Bericht über die Angelegenheit Späing, Wittlich und Konsorten“, Essen, 3. Juli 1923, Anlage zu: Rechtsanwalt Prof. Dr. Friedrich Grimm an Major Oster, Wehrkreiskommando VI in Münster, Essen, 9. Dezember 1929, in: BA-MA, RH 53-6, Nr. 55; hierauf stützt sich vermutlich Klaus Pabst, *Der Ruhrkampf*, in: *Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau*, hrsg. von Walter Först, Köln-Berlin 1972, S. 9-50, hier S. 29.

179 Bericht von Reichswehrminister Geßler in der „Ministerbesprechung vom 29. November 1926, 16.30 Uhr im Reichstagsgebäude“, in: AdR: Die Kabinette Marx III und IV, bearb. von Günter Abramowski, Boppard 1988, Dok. 130, S. 376-382, hier S. 376.

180 „Der Preußische Minister des Innern an den Preußischen Ministerpräsidenten, 6. November [Dezember?] 1926“, Anlage 2 zu: „Der Preußische Ministerpräsident an den Reichskanzler, 20. Dezember 1926“, in: Ebd., Dok. 163, S. 470-483, hier S. 475.

halber Kraft verteidigt wird, frühzeitig aufgegeben wird, und vielleicht längst schon dem Kuhhandel, Parteikram, Geschäftsinteresse [geopfert worden ist]“,¹⁸¹ gab ihrem Hass auf die Weimarer Republik neue Nahrung.

Dieser Hass entlud sich am Jahrestag der Ermordung von Reichsaußenminister Walther Rathenau in der Sprengung des Druckereigebäudes der sozialdemokratischen Tageszeitung „Volkswille“ in Münster in der Nacht vom 23. auf den 24. Juni 1923.¹⁸² Es gehörte keinerlei Scharfsinn dazu zu erkennen, dass allein die „Zentrale Nord“ die Möglichkeiten zur Verübung eines Anschlags dieser Größenordnung besaß. Zwei der Attentäter wurden später gefasst und zu der gesetzlichen Mindeststrafe von fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Führer des Sprengkommandos, Heinz Kölpin, Leiter der Nachrichtenstelle der „Zentrale Nord“, und der geistige Urheber des Anschlags, Franz von Pfeffer, blieben aber ungeachtet in Münster umlaufender Gerüchte über ihre Beteiligung¹⁸³ unbehelligt.

Der Münsteraner Anschlag versinnbildlicht die Abkehr vom aussichtslos gewordenen Kampf gegen die Besatzungsmächte hin zu Vorbereitungen für einen bewaffneten Umsturz in Deutschland. Franz von Pfeffer bemühte sich in den folgenden Monaten, die im Ruhrkampf erreichte engere Kooperation der Wehrverbände in festere Formen zu bringen, um geschlossen gegen die Republik vorzugehen. Seine Aktivitäten standen in direktem Zusammenhang mit den Vorbereitungen, die Major a. D. Bruno Buchrucker, Führer der „Schwarzen Reichswehr“ im Wehrkreis III (Brandenburg und Schlesien) für den Fall eines Abbruchs des passiven Widerstands traf. Auch in die Vorbereitungen des Hitler-Ludendorff-Putsches war die ehemalige „Zentrale Nord“ eingebunden.¹⁸⁴ Da beide Umsturzunternehmen ungeachtet der gerade beim Buchrucker-Putsch bis weit in den militärischen und politischen Raum hinein betriebenen Vorbereitungen ein beinahe operettenhaftes Ende nahmen, wurden auch hier die Hoffnungen der aktiven Ruhrkämpfer enttäuscht.

1926 drohten Sabotagemaßnahmen und „aktiver“ Widerstand des Jahres 1923 noch einmal ein Thema zu werden, als die Rolle von Kurt Jahnke, dem einstigen „Reichsbeauftragten für sämtliche Sabotageakte“ und seit 1924 deutschnationalen Landtagsabgeordneten, vom „Fememord“-Untersuchungsausschuss des Preußischen Landtages beleuchtet wurde. Jahnkes umtriebige Wirken hinter den Kulissen von „Schwarzer Reichswehr“, politischen Intrigen und Umsturzplanungen der nationalen Rechten vor allem in der zweiten Jahreshälfte 1923 wurde jedoch nicht einmal ansatzweise aufgeklärt, weil wichtigen und – wie wir heute wissen – zuverlässigen Belastungszeugen kein Glauben geschenkt wurde. Die Niederschriften zum

181 „Zentrale-Nord. No. 152. Bedrängte Lage. (vergl. Antrag auf Schutz v. 29.4.23.)“, 5. Juni 1923, in: StAM, Zentrale Nord, Nachrichtenstelle, Nr. 1 (die Worte in Klammern sind sinngemäße Ergänzungen, da die letzte Seite des Schriftstücks fehlt).

182 Krüger, Treudeutsch (wie Anm. 63), S. 185-187. Ob dieser Anschlag bewußt in der Tradition der Anschläge der Organisation Consul ausgeführt wurde, mit denen Deutschland destabilisiert und zur Umsturzeife aufgereizt werden sollte, muss dahingestellt bleiben.

183 Münster unterm Hakenkreuz, in: Das schöne Münster 5 (1933) H. 15, S. 225-248, hier S. 226.

184 Siehe Krüger, Treudeutsch (wie Anm. 63), S. 187-193.

„Fall Jahnke“ wurden wegen ihrer ungeminderten innen- und außenpolitischen Brisanz nur mit erheblichen Auslassungen veröffentlicht.¹⁸⁵

VII. Das „Unternehmen Wesel“: Paradigma für den Ruhrkampf 1923

Am Morgen des 1. April 1923 bemerkte der Vertreter des Deutschen Eisenbahner-Verbandes bei der Generalbetriebsleitung West der Reichsbahn, Friedrich Homann aus Dortmund, auf dem Bahnhof von Coesfeld zu Oberregierungsrat Heiges, dass das verspätete Eintreffen der Freiwilligen-Kommandos der „Zentrale Nord“ in Friedrichsfeld „nicht nur für uns, sondern auch für das ganze übrige Deutschland ein ganz unermessliches Glück bedeute“.¹⁸⁶

In der Tat bedeutete das „Unternehmen Wesel“ den Höhepunkt jener irrationalen Bestrebungen deutscher Nationalisten, den „kalten Krieg“ des passiven Widerstands zu einem „heißen Krieg“ eskalieren zu lassen. Was die nationalistischen Hasardeure letzten Endes damit erreichen wollten, bleibt bis zu einem gewissen Grad nebulös. Sicherlich ging es ihnen nicht allein um die „Abschüttelung des Jochs von Versailles“. Mit ziemlicher Gewissheit darf angenommen werden, dass sie für den Fall einer existenziellen Bedrohung Deutschlands mit der Beseitigung der Republik und der Installierung einer „starken“, autoritären oder diktatorischen Führung rechneten, die allein befähigt schien, die Situation zu meistern. Die zahllosen Diktaturpläne und fieberhaften Umsturzvorbereitungen angesichts der Staatskrise im Zeichen der Hyperinflation in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 scheinen eine solche Annahme zu rechtfertigen.

Wie die Reaktion Belgiens und Frankreichs auf einen militärischen Zusammenstoß der bei Friedrichsfeld möglichen Größenordnung ausgefallen wäre, muss dahingestellt bleiben. Vieles spricht dafür, dass sich beide Staaten nicht mit diplomatischen Protestnoten zufriedengegeben, sondern zu scharfen Sanktionen gegriffen hätten. Ob die Strafmaßnahmen auch militärische Gewalt beinhaltet hätten, die Hoffnungen der deutschen Nationalisten sich in diesem Punkt also erfüllt hätten, kann nur gemutmaßt werden. Ein schwerer militärischer Zwischenfall mit vielleicht Dutzenden oder noch mehr Toten wäre jedenfalls Wasser auf die Mühlen der Falken beider Seiten gewesen.

Ebenfalls kann nur darüber spekuliert werden, welche Wirkung es bei der Ruhrbevölkerung hinterlassen hätte, falls ganze fünfzehn Stunden nach den „Schüssen bei Krupp“ ein schwerer militärischer Zwischenfall bei Friedrichsfeld erfolgt wäre. Wäre jene „spezifische Mischung eines Nationalismus, der sich mit Formen des sozialen Protests und der industriellen Militanz verband“,¹⁸⁷ tatsächlich dermaßen aufgeheizt worden, dass sie, wie von unverantwortlichen Nationalisten erhofft, in einer „Bartholomäusnacht“ explodiert wäre? Die reinen Fak-

185 Drucksache Nr. 8925 A und B, in: Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung, Bd. 17, Berlin 1928. Dazu Irmela Nagel, *Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik*, Köln-Wien 1991, S. 304-307.

186 Homann, „Bericht über die Friedrichsfelder – Angelegenheit“ (wie Anm. 9).

187 Siehe Hartewig (wie Anm. 150), S. 308-313, das Zitat S. 312.

ten sprechen gegen eine solche Annahme. Die Protagonisten eines derartigen Blutbades hatten wohl das Bild der sogenannten „Roten Ruhrarmee“ des Jahres 1920 vor Augen, die scheinbar aus dem Nichts entstanden war und die zum traumatischen Erlebnis für das Bürgertum des Ruhrgebiets wurde. Sie übersahen, dass die Bevölkerung inzwischen – anders als 1920 – weitgehend entwaffnet war. Ein bewaffneter Aufstand gegen die Besatzungstruppen war daher sehr unwahrscheinlich, und hätte er dennoch stattgefunden, wären seine Erfolgsaussichten denkbar gering gewesen. Die Besatzungstruppen hätten nach Zahl und Ausrüstung selbst schwerer Unruhen Herr werden müssen, doch wäre durch ein militärisches Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung zwangsläufig die Spirale der Gewalt weitergedreht worden.

Das Gelingen des „Unternehmens Wesel“ in seiner ursprünglichen Form, als eines Aktes des passiven Widerstands, unmittelbar nach dem „blutigen Karsamstag bei Krupp“ wirkte vermutlich sogar in gewissem Umfang mäßigend auf viele empörte Gemüter. Auch wenn es nicht zu belegen ist, könnte es der Bevölkerung des Ruhrgebiets für den Augenblick den Eindruck vermittelt haben, dass mit List und Tücke, aber ohne Waffengewalt, durchaus größere Erfolge im passiven Widerstandskampf gegen die Besatzung zu erzielen wären, dass Waffengewalt nicht zwangsläufig mit Waffengewalt entgegengetreten werden müsste. Würde sich eine solche Annahme anhand von Quellen bestätigen lassen, hätte das Gelingen des „Unternehmens Wesel“ auch über das eigentliche Ereignis hinaus eine klare Niederlage für jene nationalistischen Kreise bedeutet, die eine blutige Eskalation suchten, um ihre Pläne, die allesamt in der einen oder anderen Weise auf die Beseitigung der Republik zielten, in die Tat umsetzen zu können.

Das „Unternehmen Wesel“ steht in gewisser Weise aber auch paradigmatisch für den gesamten Ruhrkampf des Jahres 1923: Die Eisenbahner gehen beim „Unternehmen Wesel“ das höchste Risiko ein, sehen sich aber von ihren scheinbaren Partnern hintergangen; Inflation, Erwerbslosigkeit, Hungerwelle und die Niederlage im Arbeitszeitkonflikt lassen die Arbeiterschaft, welche die größten Opfer gebracht hat und die daher als moralischer Sieger aus dem Ruhrkampf hervorging, in Wirklichkeit zum Verlierer des Ruhrkampfes werden. Die Industrie gibt sich beim „Unternehmen Wesel“ gegenüber den Gewerkschaftern partnerschaftlich, ist aber um des maximalen Profits willen bereit, das gesamte Unternehmen zu gefährden; sie setzt ihre Interessen insbesondere auch im Arbeitszeitkonflikt unnachgiebig gegenüber der Arbeiterschaft durch. Die Reichswehr hält sich beim „Unternehmen Wesel“ wie insgesamt während des Jahres 1923 abwartend-taktierend im Hintergrund und überlässt den aktivistischen Wehrverbänden vordergründig das Terrain, die aber für sie kaum mehr als Bauern sind, die jederzeit geopfert werden können.

Der sogenannte „aktive“ Widerstand im Ruhrgebiet kannte einen Gewinner: Die Reichswehr. Sie allein profitierte von den Ansätzen eines Guerilla-Kriegs, aus denen sie wertvolle Erkenntnisse für den „Krieg der Zukunft“ gewann. Joachim von Stülpnagels vor 1923 fast ausschließlich theoretisch betriebenes „Volkskriegs“-Konzept war im Ruhrkampf seiner praktischen Verwirklichung ein gutes Stück näher gekommen. Seit der Jahreswende 1923/24 wurde sein Konzept für mehrere Jahre zur Leitlinie aller Verteidigungsanstrengungen der

Reichswehr.¹⁸⁸ Ein spätes Nachwehen dieser Bemühungen waren die militärisch sinnlosen Einsätze von Spezialeinheiten hinter den feindlichen Linien der West- und Ostfront Ende 1944/Anfang 1945.¹⁸⁹

Am Ostersonntag des Jahres 1923 war Deutschland aber – poetisch ausgedrückt – durch Naturgewalt, durch das Hochwasser der Lippe, welches den Notsteg fortriss und dadurch den Anmarsch der Freiwilligen-Kommandos der „Zentrale Nord“ entscheidend verzögerte, fürs erste vor einem neuen Krieg bewahrt worden.

188 Siehe Geyer (wie Anm. 90), bes. S. 76-104; Detlev Bald, Die Lage Deutschlands und der Krieg der Zukunft. Sicherheitspolitische und militärische Planungen des deutschen Generalstabs in den Jahren 1924/25, in: Miliz als Vorbild? Zum Reservistenkonzept der Bundeswehr, hrsg. von Detlev Bald, Baden-Baden 1987, S. 15-70; Wilhelm Deist, Die Reichswehr und der Krieg der Zukunft, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 45 (1989), S. 81-89, bes. S. 85f.; Kurt Burk, Planungen und Maßnahmen der Reichswehr zur Sicherung der deutschen Ostgrenzen, in: Ebd. 48 (1990), S. 41-64, hier S. 47f.; der grundlegende „Vortrag des Oberstleutnants Joachim v. Stülpnagel vor Offizieren des Reichswehrministeriums über einen künftigen Krieg Deutschlands (Auszug)“, Berlin, Februar 1924, in: Das Krisenjahr 1923. Militär und Innenpolitik 1922-1924, hrsg. von Heinz Hürten, Düsseldorf 1980, Dok. 184, S. 266-272; der dort fortgelassene Abschnitt „III. Die Kriegführung“ in längeren Auszügen bei Bald, S. 55-66.

189 Karl Siebel, „Zur ‚Denkschrift über den Feldjägersdienst‘ vom 1. 5. 1928“, 31. August 1971, in: BA-MA, RH 2, Nr. 419. Diese Einheiten sind nicht mit den „Werwölfen“ der Goebbels'schen Propaganda zu verwechseln.